



Wegbereiter unseres Wohlstands

gestern und heute

Ludwig Erhard

Dr. Thies Claussen

Er war nicht der erste Bayerische Wirtschaftsminister, aber sicherlich der bekannteste in der Nachkriegszeit: Ludwig Erhard ist bis heute prägend für die bayerische Wirtschaftspolitik und für ein klares Bekenntnis zu einer sozialen Marktwirtschaft. Nicht nur in verschiedenen Publikationen, bei Redeanlässen oder in der Außendarstellung, auch im Gebäude selbst findet diese Verehrung ein deutliches Zeichen: Der 1983 renovierte Festsaal, der bedeutendste Innenraum des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, wurde am 5. Mai 2007 in Ludwig-Erhard-Festsaal umbenannt. Die Idee dazu hatte übrigens unser Autor, damals zuständig im Bayerischen Wirtschaftsministerium für Außenwirtschaft und Standortmarketing. Anlässlich des 30. Todestages wurde im Beisein des damaligen Staatsministers Erwin Huber und des Bundesfinanzministers a.D. Dr. Theo Waigel die Gedenktafel enthüllt.

„Der Mann, der die kleinste Arbeit verrichtet,
kann eine größere Würde ausstrahlen als irgendeiner,
der mit Hunderttausenden herumwirft, aber seelenlos
und nur aus Sucht und aus falschem Geist heraus
tätig ist.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 629

Vorwort



Hubert Aiwanger

Hubert Aiwanger

Bayerischer Staatsminister für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Wir haben Ludwig Erhard bis heute viel zu verdanken. Als Vater der Sozialen Marktwirtschaft hat er die ordnungspolitischen Grundlagen für das deutsche Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit gelegt. Erhard gab den Menschen das Versprechen vom wirtschaftlichen Aufstieg, von sozialer Sicherheit und politischer Stabilität. Dieses Versprechen wird bis heute eingelöst. Erhard und der Sozialen Marktwirtschaft ist es gelungen, Deutschland als attraktiven Wirtschaftsstandort zu positionieren und die Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen.

Erhard war Reformier. Seine Wirtschaftsordnung brachte einen tiefgreifenden Wandel. Er selbst hat es einmal so auf den Punkt gebracht: „Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufrkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden.“ Alle Menschen in Deutschland sollten vom wirtschaftlichen Neuanfang profitieren.

Die Soziale Marktwirtschaft steht bis heute für Wohlstand und den erfolgreichen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen von Arbeit und Kapital. Natürlich gab es auch bei uns in der Vergangenheit immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, mit unterschiedlichen Kräfteverhältnissen. Aber im Vergleich zu den Erfahrungen anderer Länder brachte die Soziale Marktwirtschaft sozialen Frieden. Sie bringt die persönliche Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit jedes Einzelnen in Einklang mit dem Zusammenhalt der Gesellschaft.

Die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft sind jedoch keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen jeden Tag neu erarbeitet werden. Die Menschen fragen sich heute, welche Auswirkungen Globalisierung und Klimawandel, Digitalisierung und demographische Entwicklung für sie persönlich und unser gesellschaftliches Miteinander mit sich bringen. Sie wollen wissen, ob unser Wirtschaftssystem heute noch die richtigen Antworten liefern kann, wenn andere Volkswirtschaften staatlich-autoritär gelenkt werden, freiwillig die Isolation suchen oder immer mehr auf Protektionismus setzen. Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen. Die Menschen erwarten zu Recht Antworten der Politik.

Meine Antwort ist klar: Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Ihre Ideen und Leitsätze sorgen auch in unseren turbulenten Zeiten für die richtige Orientierung. Faire Handelsbeziehungen, eine offene Gesellschaft und ein starkes, vereintes Europa, das die Vielfalt seiner Regionen achtet und schätzt, sind für mich ohne Alternative. Unser Wirtschaftssystem verfügt über eine enorme integrative Kraft. Die Soziale Marktwirtschaft spaltet nicht, sondern verbindet. Sie lässt niemanden zurück, sondern holt alle ins selbe Boot – Unternehmer und Arbeiter, Angestellte und Verbraucher, Menschen in den Städten und auf dem Land. Sie setzt nicht auf Konfrontation, sondern auf Dialog und ermöglicht so den gesellschaftlichen Kompromiss. Das ist aus meiner Sicht ein großes Plus gegenüber allen anderen Wirtschaftsmodellen.

Mir selbst ist es wichtig, Antworten auf die großen gesellschaftlichen Streitfragen im Dialog zu finden. Deswegen liegt es mir als Bayerischem Wirtschaftsminister besonders am Herzen, bei Fragen wie der Energiewende oder des Flächensparens alle relevanten Akteure zusammenzubringen: Dialog statt Entscheidungen am Grünen Tisch. Die Komplexität der Probleme erfordert es, dass Politik immer mehr vermitteln muss und nicht über die Köpfe der Bürger hinweg Entscheidungen treffen darf. Das könnte letztlich einen Keil in die Gesellschaft treiben.

Soziale Marktwirtschaft heißt, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir müssen Rahmenbedingungen so setzen, dass auch künftig möglichst viele Menschen von Wohlstand, Fortschritt und Zukunftschancen profitieren können. Der Wunsch aller Eltern, dass es ihren Kindern und Enkeln mindestens genauso gut geht wie ihnen selbst, ist verständlicherweise nach wie vor ungebrochen. Auch wenn sich die Dimensionen gerade etwas verschieben.

Wohlstand bedeutet mehr denn je künftig in einer intakten Umwelt leben zu können. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ökologische Verantwortung müssen Hand in Hand gehen. Dabei sollten wir marktorientierten Instrumenten den Vorzug geben vor einer Verbotspolitik, die jegliche Innovationskraft abwürgt. Umweltschutz zu erzwingen, wird nicht funktionieren. Nachhaltigkeit und Soziale Marktwirtschaft sind zwei Seiten einer Medaille. Unsere Wirtschaftsordnung bietet den Raum für kreative unternehmerische Lösungen, an denen die Unternehmen

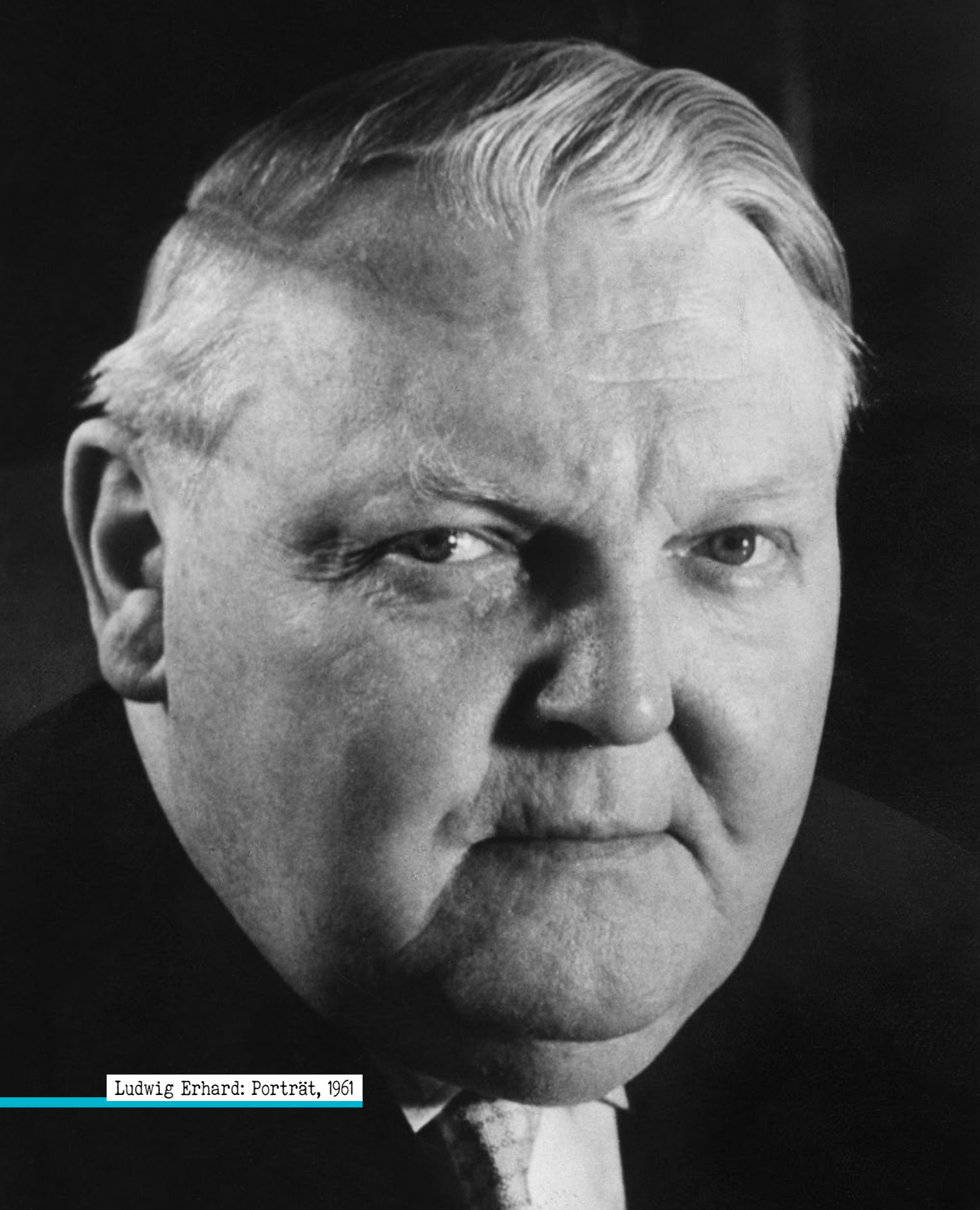
durchaus verdienen sollen, die aber gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schonen und bewahren können. Wir müssen innovativen Umwelttechnologien „Made in Germany“ den Weg bahnen.

Auch der Staat selbst ist in der Pflicht, nachhaltig zu wirtschaften. Steuern sind eine Bringschuld des Staates! Bürger und Unternehmen haben ein Recht darauf, dass der Staat verantwortungsvoll mit ihren Steuern umgeht. Das bedeutet solide Finanzen, kein Wirtschaften über die eigenen Verhältnisse. Trotzdem darf der Staat nicht vergessen, an den richtigen Stellen in die Zukunft zu investieren. Gerade was die staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in neue Technologien betrifft, haben wir in Deutschland noch erheblich Luft nach oben.

Die politische Karriere Ludwig Erhards hat im Bayerischen Wirtschaftsministerium ihren Anfang genommen. Sein „Dritter Weg“ der Sozialen Marktwirtschaft war und ist eine großartige Erfolgsgeschichte für Deutschland und Bayern. Es ist für mich eine große Ehre, in seiner Tradition heute dem Ministerium politisch voranzustehen.

Dabei setzen wir klare Akzente. Nachhaltigkeit, Regionalität und Bürgernähe sind Leitlinien unserer wirtschaftspolitischen Arbeit. Im Dialog mit der Wirtschaft und den Menschen vor Ort wollen wir tragfähige Konzepte entwickeln, um aktuelle Herausforderungen wie globale Risiken, die Digitalisierung, die Energiewende oder den wachsenden Fachkräftebedarf erfolgreich zu meistern und für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen.

Ich danke Dr. Thies Claussen sehr herzlich für sein Engagement und seine ausführlichen Recherchen über das Leben und Wirken Ludwig Erhards. Das verdient meinen höchsten Respekt. Es würde mich freuen, wenn die vorliegende Publikation das Bewusstsein dafür schärft, wie wichtig die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bis heute für uns sind.



Ludwig Erhard: Porträt, 1961

„Ein Lump gibt mehr als er hat! Aber eine Volkswirtschaft kann nicht mehr gewähren, als sie nach der Anstrengung der Menschen und der Ergiebigkeit ihrer Arbeit an Sozialprodukten zu erstellen in der Lage ist.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 224

Kindheit und Jugend

„Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 846

— Ludwig Erhard wurde am 4. Februar 1897 in Fürth geboren. Der Vater Wilhelm Philipp Erhard, dessen Vorfahren Rhönbauern waren, hatte im Dreikaiserjahr 1888 ein Wäsche- und Ausstattungsgeschäft eröffnet und zu einem gut gehenden Betrieb entwickelt. Erhards Mutter Augusta, geborene Hassold, stammte aus einer Fürther Handwerkerfamilie.

Ludwig Erhard hatte zwei ältere Geschwister, Max und Rose, und einen jüngeren Bruder Willy. Die vier Geschwister wuchsen in bescheidenem Wohlstand auf. Sie hatten eine unbeschwertere, behütete Kindheit. Die häusliche Atmosphäre war stark durch das Geschäft von Erhards Vater bestimmt, der ein extrovertierter, dynamischer Kaufmann war. Erhards Mutter strahlte mit ihrer stillen, fast scheuen Wesensart viel Herzwärme aus. Zu ihr hatte Erhard immer eine innige Beziehung. Im dritten Lebensjahr durchlitt Ludwig Erhard eine spinale Kinderlähmung, die an seinem rechten Fuß zu einer dauerhaften Deformierung führte.

Ludwig Erhards Elternhaus prägte ihn durch eine auf Leistung ausgerichtete Haltung, die sich im Milieu der tüchtigen, aufstrebenden Kaufmannsfamilie von selbst verstand. Erhards Familie zeichnete sich durch religiöse Toleranz aus. Der Vater war katholisch, die Mutter und mit ihr alle vier Kinder waren evangelisch. Politisch war Erhards Familie national-kaisertreu gesinnt. Auch wenn es kritische Einwände gegen die aktuelle Politik gab, wurde niemals die Kaisertreue in Frage gestellt.



Ludwig Erhard mit Tirolerhut, 1910

Der Bildungsweg der vier Geschwister wurde von einer fortschrittlich-bürgerlichen Haltung bestimmt. Max, der acht Jahre ältere Bruder von Ludwig Erhard, wurde für den Kaufmannsberuf ausgebildet. Nach der Realschule und einer kaufmännischen Lehre sammelte Max berufliche Erfahrungen in Berlin und London, bevor er in Fürth im elterlichen Geschäft mitarbeitete.

* 1913 Kaufmanns-
lehre in Nürnberg

Ludwig Erhard besuchte nach der Volksschule von 1903 bis 1907 die sechsklassige Fürther „Königlich Bayerische Realschule mit Handelsabteilung“ (1907 bis 1913). Er war in seiner Schulzeit ein ordentlicher, aber kein herausragender Schüler. Die anschließende dreijährige Kaufmannslehre absolvierte Ludwig Erhard im Nürnberger Textilgeschäft Georg Eisenbach, in dem schon sein Bruder Max gelernt hatte.

* 1916 Teilnahme am
ersten Weltkrieg

Während der Lehrzeit Ludwig Erhards brach der Erste Weltkrieg aus. Die allgemeine Kriegsbegeisterung des Ersten Weltkriegs griff auch auf die Familie Erhard über. Max Erhard fiel als Leutnant der Reserve am Ostermontag des Jahres 1915. Ludwig Erhard meldete sich 1916 freiwillig zum Militärdienst. Trotz seiner Behinderung am rechten Fuß strebte er eine Verwendung bei der kämpfenden Truppe an. Er trat in das 22. Königlich Bayerische Feldartillerieregiment ein und wurde in den Vogesen, in Rumänien und zuletzt in Flandern eingesetzt.

Ludwig Erhard war, ohne militärischen Ehrgeiz zu entwickeln, gerne Soldat. Er wurde zum Richtkanonier ausgebildet und brachte es bis zum Wachtmeister.

Im Herbst 1918 wurde Ludwig Erhard in Flandern an der Ypernfront schwer verwundet. Ein Schulterdurchschuss führte zu einer Verkürzung des linken Arms.



Ludwig Erhard als Richtkanonier (i.v.l.)
im 1. Weltkrieg, 1916

Das Kriegsende erlebte Ludwig Erhard im Lazarett, das er erst nach sieben Operationen im Juni 1919, noch kaum zur körperlichen Arbeit fähig, verlassen konnte.



Studium und Heirat

„Vor allem junge Menschen wollen nach übergeordneten Werten und Maßstäben handeln. Sie erwarten, dass sich auch der Staat an diese Maxime hält. Unsere Jugend will vor Aufgaben gestellt werden! Je bewusster und wahrhaftiger wir sie darauf ansprechen, umso besser wird es uns gelingen, sie von dem falschen Weg des nur Geld-verdienen- und Versorgt-sein-Wollens abzubringen.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 817

* 1919 Studium an der
Handelshochschule
Nürnberg

— Die Berufsperspektive eines mittelständischen Kaufmanns in der Nachfolge seines Vaters war für Ludwig Erhard aufgrund seiner schweren Verwundung fraglich geworden. An eine Mitarbeit im elterlichen Geschäft war vorläufig nicht zu denken. Ludwig Erhard besuchte daher einige Vorlesungen an der neuen Handelshochschule in Nürnberg, die am 15. Oktober 1919 ihren Lehrbetrieb aufgenommen hatte. Das wissenschaftliche Denken gefiel Erhard. Er ließ sich dort als ordentlicher Student immatrikulieren mit dem Ziel, nach einem viersemestrigen Studium die Prüfung als Diplomkaufmann abzulegen. Dies war bis Mitte der zwanziger Jahre noch ohne Reife- oder Reifeersatzprüfung möglich.

Ludwig Erhard war vom wissenschaftlichen Denken fasziniert. Er verfolgte stärker theoretische Interessen, als dies an der auf kaufmännische Praxis ausgerichteten Fachhochschule üblich war. Der Gründungsdirektor der Handelshochschule, Wilhelm Rieger, war für Ludwig Erhard der wichtigste Nürnberger Lehrer und zugleich sein Mentor. Rieger vermittelte dem eifrigen Studenten Ludwig Erhard die Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften.

Rieger war zwar kein charismatischer Lehrer, dafür aber sehr versiert in der liberalen Wirtschaftstheorie. Er ging an wirtschaftliche Themen stets klar und methodisch heran und brachte Ludwig Erhard bei, logisch zu denken. Riegers Einfluss auf Erhard war größer, als gemeinhin wahrgenommen wird. Erhard schrieb später, dass er seine liberalen wirtschaftlichen und politischen Überzeugungen Rieger verdanke.

Im Mittelpunkt des Studiums stand zunächst die Betriebswirtschaftslehre. Wilhelm Rieger trug sie im Sinne seiner später (1928) erschienenen „Privatwirtschaftslehre“ vor, deren Gegenstand die Unternehmung in der Marktwirtschaft war. Ludwig Erhard wandte sich allerdings bald volkswirtschaftlichen und soziologischen Fragestellungen zu, besonders Geld- und Währungsfragen.

In seiner Diplomarbeit behandelte Ludwig Erhard „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs“. Wilhelm Rieger bewertete diese Arbeit mit „sehr gut“. Die Gesamtnote der von Ludwig Erhard am 21. März 1922 abgelegten kaufmännischen Diplomprüfung war „gut“.

Erhard hatte seinen Hochschulabschluss an einer Schule erworben, die kein Promotionsrecht besaß. Er wollte jedoch seine Studien unbedingt fortsetzen. Da erwies sich Wilhelm Rieger wiederum als Förderer Ludwigs Erhards. Rieger überzeugte Erhards Vater, dass sein Sohn die akademische Ausbildung weiterführen sollte, statt sich dem Familienunternehmen zu widmen. Rieger setzte sich für seinen Schüler bei der Verwaltung der Universität in Frankfurt am Main und bei dem neuen, ihm persönlich bekannten Professor für Wirtschaft und Soziologie, Franz Oppenheimer, ein. Im Wintersemester 1922 konnte sich Ludwig Erhard in Frankfurt für die Promotion einschreiben.

* 1923 Heirat mit
Luise Schuster

An der Handelshochschule in Nürnberg traf Ludwig Erhard eine Freundin aus seiner Kindheit wieder: die vier Jahre ältere Luise Schuster, geborene Lotter, die in Erhards Nachbarschaft gelebt und mit seiner Schwester Rose gespielt hatte. Sie entstammte einer alteingesessenen Fürther Handwerkerfamilie. Ihr damals schon verstorbener Vater war Kaufmann und Ziegeleibesitzer gewesen. Luises erster Mann, der Jurist Dr. Friedrich Schuster, von dem sie eine Tochter hatte, war im Oktober 1914 gefallen. Luise Schuster legte gleichzeitig mit Ludwig Erhard die Diplomprüfung ab. Aus dem gemeinsamen Studium entstand eine Beziehung, die am 11. Dezember 1923 zur Ehe führte. Luise brachte Eleonore, ihre Tochter aus der ersten Ehe, mit in die Ehe und schenkte Erhard 1926 noch eine Tochter Elisabeth.

Luise war selbst eine gute Ökonomin, stellte jedoch ihre eigenen Ambitionen hinter die ihres Mannes zurück. In ihrem gesamten Eheleben sorgte sie dafür, dass Erhard ein freundliches Zuhause hatte. Luise und Ludwig, Lu und Lulu, waren einander in Wärme und Treue verbunden. Luise als Hausfrau und Mutter, mied die Öffentlichkeit und beschränkte sich aufs Private. Ludwig hatte die Rolle als Ernährer und Besorger, der Mann der Öffentlichkeit, der aber des Privaten als Hort und emotionalen Rückhalt bedurfte. Luise teilte nicht nur Ludwigs Interessen an der Nationalökonomie, sondern auch seine Leidenschaft für den Fußball und das Kartenspiel.



Ludwig Erhard mit seiner Frau Luise
auf der Terrasse von Schloss Augustusburg
in Brühl, 1949

* 1922–1925 Studium
an der Universität
Frankfurt am Main

Die jungen Eheleute wollten ursprünglich gemeinsam in Frankfurt promovieren. Aber nach wenigen Monaten gab Luise Erhard auf. Ihre mütterlichen Pflichten ließen ein Weiterstudium nicht zu. Sie zog mit der Tochter zunächst nach Nürnberg.

Ludwig Erhard machte in Frankfurt weiter. Aber der Einstieg fiel ihm zunächst schwer. Als Mann des zweiten Bildungsweges war er nicht in einer Gemeinschaft von Jahrgangsgenossen aufgehoben. Den Anschluss an eine der zahlreichen weltanschaulichen oder politischen Gruppierungen fand er nicht und suchte ihn wohl auch kaum. Doch litt er zunächst durchaus unter der Einsamkeit, die aber für ihn gleichzeitig Chancen zur Selbstbesinnung und zur Konzentration auf seine Promotion enthielt.

An der Universität in Frankfurt am Main wurde Ludwig Erhard stark von Franz Oppenheimer beeinflusst, der seit 1919 dort eine ordentliche Professur für „Soziologie und ökonomische Theorie“ hatte. Oppenheimer stammte aus jüdischem und zugleich bildungsbürgerlich-deutschnationalem Hause. Er hatte ursprünglich Medizin studiert und arbeitete zunächst als Arzt im ländlichen Posen, später im Norden Berlins. Er war so entsetzt über die Bedingungen, unter denen die Arbeiter lebten, dass er seine Praxis aufgab und sich der Wirtschaftswissenschaft zuwandte.

Erhard besuchte häufig das Haus Oppenheimers und diskutierte dort mit anderen Studenten und Intellektuellen über wirtschaftliche und soziologische Theorie und Politik.

Oppenheimer plädierte für eine Theorie, die er „liberalen Sozialismus“ nannte, einen „dritten Weg“ jenseits von Kommunismus und Kapitalismus.

Erhard übernahm zwar Oppenheimers Theorie nicht. Er nahm jedoch aus seiner Zeit in Frankfurt einige wertvolle Ideen mit, die allesamt zu seinem eigenen grundlegenden Standpunkt passten. Dazu gehörten der Wert des Wettbewerbs, die soziale Verantwortung, der Kampf gegen Kartelle und Monopole, der Abbau von Handelsschranken und der freie Geld- und Kapitalverkehr. Erhards theoretische Schulung wurde somit durch Oppenheimer zweifellos vertieft und erweitert.

Erhard schloss seine Dissertation „Wesen und Inhalt der Werteinheit“, die sich mit Oppenheimers Arbeitswerttheorie auseinandersetzte, im Sommer 1924 ab, zu einer Zeit, als sich die deutsche Wirtschaft nach dem Zusammenbruch der Währung Ende 1923 allmählich wieder erholte.

Franz Oppenheimer nahm sich mit dem Lesen von Erhards Arbeit viel Zeit. Im Jahr 1925 lud er Erhard endlich ein, ihn auf einer Bergwanderung im Engadin zu begleiten, um über die Dissertation zu reden. Das eigentliche Rigorosum fand während einer Höhenwanderung in über 2700 Meter Höhe statt. Nach einer kurzen Diskussion akzeptierte Oppenheimer Erhards Arbeit mit den Worten „Hiermit verleihe ich Ihnen den höchsten akademischen Grad“. Offiziell erhielt Erhard seinen Titel „Dr. rer. pol.“ mit der Note „cum laude“ am 12. Dezember 1925.

* 1925 Promotion
bei Prof. Franz
Oppenheimer

Oppenheimer verfolgte auch nach dem Weggang Erhards von Frankfurt dessen berufliche Entwicklung und verschaffte ihm beispielsweise Kontakte zu Reichsbankpräsident Luther oder zu Reichsfinanzminister Hilferding. Er sprach ihn auf Kartengrüßen auch als „Lieber Kollege“ und „Mein lieber Freund“ an. Erhard dankte ihm durch unverbrüchliche Treue und hielt bis zu dessen Emigration 1938 Verbindung. Zeitlebens bekannte sich Erhard dazu, in seinem Denken und Handeln entscheidend von seinem „geliebten Lehrer“ Oppenheimer geprägt worden zu sein.

Institut für Wirtschaftsbeobachtung

„Meine Wirtschaftspolitik ist getragen von dem
Vertrauen in die Kraft der Persönlichkeit und von der
Setzung der menschlichen Freiheit als höchstem Wert
jeder Gemeinschaft.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 228

* 1925–1928

Geschäftsführer

im elterlichen

Betrieb

— Trotz Dokortitel war Erhard, wie viele andere Akademiker, zunächst arbeitslos. Er half ein wenig im Geschäft seines Vaters mit, zeigte aber kein großes Interesse daran. Offiziell war er von 1925 bis 1928 als „Geschäftsführer“ im elterlichen Betrieb angestellt. Im Jahr 1928 musste Wilhelm Erhard im Alter von 66 Jahren Konkurs für sein Ausstattungsgeschäft anmelden. Das Ende des elterlichen Geschäfts, das seit der Inflation nicht mehr florierete, kam Erhards weiteren beruflichen Überlegungen entgegen.

Wilhelm Vershofen hatte seit 1923 einen Lehrstuhl an der Nürnberger Handelshochschule inne. Aus seinen früheren Funktionen in Organisationen der deutschen Porzellanindustrie hatte Vershofen ein Marktforschungsinstitut nach Nürnberg mitgebracht. Dieses Institut wurde 1925 unter dem Namen „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ der Handelshochschule angeschlossen.

Wilhelm Vershofen hatte zu den beiden Lehrern Erhards Wilhelm Rieger und Franz Oppenheimer gute persönliche Beziehungen. Vermutlich dank der Interventionen Riegers und Oppenheimers wurde noch im Jahr 1928 dem inzwischen 32-jährigen promovierten Diplomkaufmann Ludwig Erhard eine Halbtagsstelle als Forschungsassistent am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware angeboten. Aus der Stelle wurde schon bald eine Vollzeitbeschäftigung, und Erhard arbeitete sich langsam in der Hierarchie des Instituts nach oben.

Vershofen war kein Freund des freien Marktes und des Wettbewerbs. Vershofen stellte die These auf, dass Wirtschaftsverbände und Kartelle sowohl für die Produzenten als auch für die Verbraucher vorteilhaft seien, weil sie die Unsicherheit auf dem Markt beseitigten. Er setzte Märkte mit Chaos gleich und verwarf die liberale Theorie vom Wettbewerb. Obwohl Vershofen und Erhard hier unterschiedlicher Auffassung waren, übertrug Vershofen Erhard bald eine Position mit größerer Verantwortung. Im Jahr 1929 arbeitete Erhard an der Gründung der Zeitschrift „Der Markt der Fertigware“ mit, die von dem Institut herausgegeben wurde. Das Organ diente der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse der Mitglieder der Organisation. Dass Erhards Name im Impressum genannt wurde, schadete seinen beruflichen Aussichten gewiss nicht.

Anfangs betrachtete Erhard seine Stelle am Institut als Sprungbrett für eine Professur. Aus diesem Grund verfasste er eine 141-seitige, bis heute unveröffentlichte Habilitationsschrift mit dem Titel „Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch wirtschaftspolitische Beeinflussungen“. Um die Zeit, als seine Arbeit planmäßig offiziell geprüft werden sollte, wurde Erhard aufgefordert, in die NSDAP einzutreten und sich dem NS-Dozentenbund anzuschließen. Erhard lehnte dies aber standhaft ab. Das war, laut Erhard, der Grund dafür, dass seine Habilitationsschrift nie angenommen wurde.

Möglicherweise hat Erhard mit dieser Argumentation eine Legende geschaffen, die einer Überprüfung nicht standhält. Man könnte vielmehr vermuten, dass Vershofen mit Erhards Habilitationsschrift aufgrund unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Einschätzungen nicht ganz zufrieden war.

Volker Hentschel vertritt in seiner umfangreichen, allerdings nicht unumstrittenen Erhard-Biografie „Ludwig Erhard. Ein Politikerleben“ die Auffassung, dass Ludwig Erhard zum wissenschaftlichen Nationalökonom schlechterdings nicht taugte und er aus wissenschaftlichen Gründen nicht habilitiert werden konnte. Der Habilitationsschrift würden formale Strenge und klare und schlüssige Gedankenführung ebenso fehlen wie eine adäquate, logische und syntaktisch richtige Sprache und entsprechende Verweise auf die geistigen Quellen. Hentschels wohl deutlich überspitzte Kritik:

„Das Ganze wäre bei straffer Gedankenführung in knapper Diktion auf fünf Seiten abzutun gewesen. Aber beides – straffe Gedankenführung und knappe Diktion – war nicht Erhards Sache. Er schrieb 141 Seiten voll. Dabei führte er seine Gedanken nicht, er ließ ihnen freien Lauf“.

Zu welchem Schluss man auch gelangt, Ludwig Erhards Traum von einer Professur war jedenfalls gescheitert. Erhard setzte somit im beschränkten Rahmen des Vershofen-Instituts seine Laufbahn als Experte und Berater fort.

Deutschland war zu dieser Zeit von der Weltwirtschaftskrise stärker betroffen als die meisten anderen Nationen in Europa. Die tiefe Wirtschaftskrise zeigte deutliche Spuren.

Im August 1931 veröffentlichte Ludwig Erhard einen Beitrag in „Das Tagebuch“, einer Zeitschrift für aktuelle politische Themen. Er regte darin an, die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln, indem den Verbrauchern Geld in die Hände gegeben werde. Erhard sprach sich im Grunde für eine Nachfragepolitik aus, für die später John Maynard Keynes bekannt wurde. Erhard schlug diese Maßnahme aber nur wegen der verheerenden Krise im Land vor. In anderen Zeiten wäre bei einer solchen Politik nach Einschätzung Erhards das Risiko, die Inflation anzuheizen, allzu groß. Diese Haltung zeigt, dass Erhard bereits in dieser frühen Berufsphase kein Dogmatiker war.

Im August 1932 ritt Erhard eine außerordentlich scharfe Attacke gegen Hjalmar Schacht. Der ehemalige Reichsbankpräsident hatte mit ultrarechten Politikern eine Allianz geschmiedet und wurde dadurch zum wirtschaftspolitischen Paradepony der deutschnational-nationalsozialistischen „Harzburger-Front“. 1932 veröffentlichte Schacht ein Buch, in dem er eine autoritäre Lösung für Deutschlands Wirtschaftsprobleme vorschlug.



ehemalige Handelshochschule in Nürnberg

Dieses Wirtschaftsprogramm hielt Erhard für ein „Gemisch aus banalen Selbstverständlichkeiten, platter Ignoranz und schwitzenden Widersprüchen“, „jenseits des Diskutablen, man kann es nur hinwerfen, ergrimmt und erbittert über solche Notzüchtigung des Gedankens... zu Zwecken politischer Karriere“.

Die Abgabe dieser politischen Visitenkarte verschloss Erhard nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Januar 1933 endgültig die Türen zur Hochschullaufbahn. Erhard legte seinen Traum dann auch nüchtern zu den Akten.

Erhards Position im Vershofen-Institut hatte sich jedoch inzwischen so gefestigt, dass dieser Verlust zu verschmerzen war. 1933 konnte Erhard in die geschäftsführende Leitung des Vershofen-Instituts eintreten. Im selben Jahr wurde er zum Chefredakteur der „Wirtschaftspolitischen Blätter der deutschen Fertigwarenindustrie“ ernannt, dem zweiten Organ des Instituts. Erhard übernahm auch mehr Verantwortung in der Verwaltung des Instituts. Er leitete die Arbeit von rund 80 Marktforschern und vertiefte die Kontakte des Instituts zur Wirtschaft.

Mitte und Ende der dreißiger Jahre gelang es Erhard, seine berufliche Stellung zu verbessern und seine Ideen weiterzuentwickeln. 1935 half Erhard einen wichtigen neuen Bereich der Aktivitäten des Instituts auszubauen. Er war maßgeblich an der Organisation der Kurse zu Aspekten der Konsumwirtschaft beteiligt, die das Institut künftig

einmal jährlich anbot. Ebenfalls 1935 gründeten Vershofen und Erhard die Gesellschaft für Konsumforschung mit Sitz in Berlin. Erhard wurde dort ein Mitglied des Vorstands.

1937 wurde Erhard zum stellvertretenden Leiter des Instituts befördert, die Nummer zwei nach Vershofen. Zwischen Vershofen und Erhard bestand ein Spannungsverhältnis, das aus den unterschiedlichen Vorstellungen über die grundsätzliche Linie der Institutstätigkeit resultierte. Während Erhard die wissenschaftlichen Erkenntnisse eng mit der praktischen Erfahrung verbinden wollte, befürchtete Vershofen dadurch eine Verflachung der wissenschaftlichen Arbeit. Trotz der Differenzen zwischen den beiden Männern hielt Vershofen so viel von Erhard, dass er ihm größere Vollmachten einräumte.

Die vielfältigen Kontakte und Verbindungen, die Erhard für sich und für das Institut geschaffen hatte, vermehrten die Aufträge und Aufgaben in einem Maße, dass 1939 eine institutionelle Verselbständigung des Instituts erforderlich wurde. Die Nürnberger Hochschule, die seit 1933 „Hindenburg-Hochschule“ hieß, entließ das Institut für Wirtschaftsbeobachtung aus ihrem Verband, um ihm die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Unter dem rechtlichen Dach einer bisher die Hochschule betreibenden Stiftung waren Hochschule und Institut für Wirtschaftsbeobachtung nun gleichgeordnet.

Ludwig Erhards Haltung gegenüber dem NS-Staat war von Skepsis und Distanz geprägt. Die NS-Ideologie und der Antisemitismus stießen Erhard ab. Er trat weder in die NSDAP noch in eine andere NS-Organisation ein. Privat ließ er sich nicht von Kontakten zu jüdischen Mitbürgern abhalten. Aber er arrangierte sich im Laufe der Jahre mit den politischen Verhältnissen und beriet eine Vielzahl von Unternehmen und Behörden.

Im Januar 1939 wurde der Kurs für Aspekte der Konsumwirtschaft erstmals außerhalb Nürnbergs in Wien abgehalten. Erhard referierte über das Thema „Absatzprobleme der österreichischen Wirtschaft – Mittel und Wege zu ihrer Lösung“. Diese Veranstaltung führte zu einem Kontakt zum pfälzischen Gauleiter Josef Bürckel, den Hitler als „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ eingesetzt hatte. Als Bürckel, der zuvor unter anderem die Massendeportationen von Wiener Juden initiiert hatte, im August 1940 „Chef der Zivilverwaltung“ in dem von den Deutschen besetzten Lothringen wurde, zog er Erhard als Berater für die Entwicklung der dortigen Glas- und Porzellanindustrie hinzu.

Ende 1940 beschaffte Erhard dem Vershofen-Institut auch den Auftrag zu einem Gutachten für die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) über die „Markt- und Betriebsstrukturen in den eingegliederten Gebieten“ im gleichfalls von deutschen Truppen besetzten Westpolen. Dieses Gutachten, in welchem die Hebung des Lebensstandards der polnischen Arbeiter empfohlen wird, die vom Verfasser ganz

offenbar nicht als „Sklaven“ oder „Untermenschen“ angesehen werden, stösst bei der SS, bei Himmlers Stabshauptamt für die Festigung des deutschen Volkstums auf entschiedene Ablehnung. Erhard, der Sanktionen des Regimes begreiflicherweise vermeiden wollte, bot eine Überarbeitung an und erhielt nach mehrmonatigem Hin und Her auch den Auftrag dazu. Abgeliefert hat er eine neue Fassung allerdings nicht mehr.

Mitte 1942 endete Erhards langjährige Zeit im Vershofen-Institut unerwartet. Erhard, der seit 1937 stellvertretender Leiter des Instituts war und der wesentlich zu dessen positiver Entwicklung beigetragen hatte, ging selbstverständlich davon aus, Nachfolger von Vershofen zu werden, wenn dieser sich altersbedingt zurückzöge.

Für Erhard war es eine bittere Enttäuschung, dass stattdessen Erich Schäfer diese Position erhielt. Schäfer, ein früherer jüngerer Kollege, der in Leipzig einen betriebswirtschaftlichen Lehrstuhl hatte, wurde an die Hindenburg-Hochschule in Nürnberg berufen und zugleich vom Wintersemester an mit der Nachfolge Vershofens als Leiter des „Nürnberg-Instituts“ betraut. Aufgrund dieser Erhard sehr kränkenden Entscheidung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vershofen und Erhard, in die auch die Stadt- und die Stiftungsverwaltung hineingezogen wurden. Erhard schied im Streit zum 1. Juli 1942 aus dem Vershofen-Institut aus.

Institut für Industrieforschung

„Die moderne Technik befreit den Menschen von der Monotonie und der Last schwerer körperlicher Arbeit, vom geisttötenden Einerlei mechanischer Tätigkeiten. Sie ist ein Mittel, die Arbeit zu erleichtern und die tägliche Arbeitszeit auf die Dauer zu verkürzen, den Wohlstand für Alle zu heben und den Raum für Freizeit und Muße zum Menschsein in Freiheit und sozialer Sicherheit auszuweiten.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 516

— Erhard stand nun vor der Herausforderung, selbstständig seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familie verdienen zu müssen. Seine Freunde in der Industrie, insbesondere sein Schwager Karl Guth, der Mann seiner Schwester Rose, der Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie war, und Philipp Reemtsma, der Leiter des großen Tabakkonzerns und Mitglied der Beratergruppe der Reichsgruppe Industrie, erwiesen sich dabei als große Hilfe.

* 1942 Gründung
des eigenen
„Institut für
Industrieforschung“

Erhard konnte mit deren Hilfe sein eigenes privates Forschungsinstitut „Institut für Industrieforschung“ gründen mit Sitz in Nürnberg und Berlin, später auch in Bayreuth. Die Reichsgruppe Industrie bot den finanziellen Rückhalt. Die Mittel stammten aus dem Spendenfonds „Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie“. Dieser Fonds diente der industrienahen Wissenschaftsförderung. Das neue Institut bestand zunächst nur aus Ludwig Erhard und seiner Sekretärin Ella Muhr, die ihn später noch bis in das Bundeskanzleramt begleitete.

Im Sommer 1943 gab die Reichsgruppe Industrie Erhard den informellen Auftrag, eine Analyse der nötigen Schritte zu verfassen, um die deutsche Wirtschaft zurück zu einer Produktion in Friedenszeiten zu führen. Dieser Auftrag war riskant, da Nachkriegsplanungen seit dem Führererlass zum totalen Krieg vom 25. Januar 1942 grundsätzlich verboten waren.

* 1944 Denkschrift
„Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“

Im März 1944 legte Erhard seinen Auftraggebern ein 268-seitiges Memorandum „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ vor. Erhards Denkschrift war Teil eines ganzen Bündels von Konzepten, das die Reichsgruppe Industrie erarbeiten ließ. Erhard votierte in seiner Denkschrift für eine Ordnung, die der Selbstverwaltung der Wirtschaft und einer freien Preisbildung wieder mehr Raum geben sollte und plädierte für einen harten Währungsschnitt zur Beseitigung der immensen Staatsverschuldung.

Erhards Hauptziel war die schnellst- und größtmögliche Steigerung der Produktion von Konsumgütern. Das sollte es erleichtern, die vom Krieg verursachten Schäden zu überwinden und eine Restrukturierung der deutschen Industrie einzuleiten. Erstrebenswert blieb nach Erhards Auffassung eine freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft, eine im damaligen Kriegszustand des totalitären Staates gewagte Aussage. Erhards Ideen wurden von seinen industriellen Unterstützern entsprechend skeptisch aufgenommen, insbesondere sein Aufruf zu einem freien Wettbewerb.

Sein Memorandum diskutierte Erhard unter anderem mit Otto Ohlendorf, dem stellvertretenden Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, bei einem Treffen in Berlin. Da Ohlendorf hohe SS-Funktionen ausübte und enge Kontakte zu Heinrich Himmler besaß, riskierte Erhard durch ein solches Treffen seine Verhaftung. Ohlendorf war als Leiter der Einsatzgruppe D verantwortlich für die

Vorwort

I. Teil Die Kriegsfinanzierung	
1. Das Wesen der Kriegsschulden	1
2. Die deutsche Kriegsfinanzierung	10
II. Teil (Hauptteil) Die Schuldenkonsolidierung	
1. Die Scheinlösungen	57
a) Die Schuldannullierung	60
b) Die Vermögensabgabe	71
c) Die dosierte Inflation	105
2. Die reale Lösung	139
a) Die finanzwirtschaftliche Ausschaltung der überschüssigen Kaufkraft	150
b) Kreditschöpfung und Kapitalbeschaffung als Instrument des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft	211

KRIEGSFINANZIERUNG UND SCHULDENKONSOLIDIERUNG

Verfasser: Dr. Ludwig Erhard
Leiter des
Instituts für Industrieforschung, Berlin-Nürnberg

KRIEGSFINANZIERUNG UND SCHULDENKONSOLIDIERUNG

Verfasser: Dr. Ludwig Erhard
Leiter des
Instituts für Industrieforschung, Berlin-Nürnberg

Ludwig Erhards Denkschrift
„Kriegsfinanzierung und Schuldenskonsolidierung“

März 1944

Ermordung von 90.000 Juden. Er wurde 1948 im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und am 7. Juni 1951 im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg durch den Strang hingerichtet.

Erhard konnte auch von Glück sprechen, dass er durch seine Denkschrift nicht in den Strudel des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 auf Hitler durch Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seiner Mitverschwörer geriet. Unter den Verschwörern befand sich Carl Friedrich Goerdeler, der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig und frühere Reichskommissar für Preisüberwachung, mit dem Erhard regelmäßig Kontakt pflegte und dem Erhard ein Exemplar seiner Denkschrift zugeleitet hatte.

Goerdeler hatte in einer längeren handschriftlichen Notiz seine Mitverschwörer auf Erhards Denkschrift hingewiesen und Erhard seinem Widerstandskreis als guten Berater empfohlen. Goerdeler wurde nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli von der Polizei gesucht. Unmittelbar nach dem gescheiterten Attentat vernichtete Erhard eilig mögliches ihn belastendes Beweismaterial, insbesondere seine Korrespondenz mit Goerdeler, und traf Vorkehrungen, sich bei Bedarf in einem abgelegenen Dorf verstecken zu können. Erhard blieb unbehelligt und konnte seine Arbeit am Institut für Industrieforschung fortsetzen.

Während seiner Tätigkeit am Institut für Industrieforschung fand Erhard noch Zeit, seine Lektüre wirtschaftlicher Bücher fortzusetzen. Besonders drei Bücher von

Wilhelm Röpke „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, „Civitas Humana“ und „Internationale Ordnung – heute“ empfand Erhard als Bestärkung seiner eigenen marktwirtschaftlichen Auffassungen. Röpkes Bücher waren keine konventionellen Lehrbücher, sondern leidenschaftliche Wirtschafts- und Zivilisationskritiken. Röpke hatte wegen seiner kritischen Haltung zum Nationalsozialismus im April 1933 seinen Lehrstuhl für Ökonomie in Marburg verloren und musste zunächst in die Türkei und später in die Schweiz emigrieren.

Röpke plädierte für freie Märkte. Er schlug eine Wettbewerbswirtschaft vor, die auf dem Privateigentum beruhte und von einer starken Regierung reguliert wurde. Er regte an, die Regierung als Schiedsrichter einzusetzen, um Auswüchse des Marktes zu verhindern, während sie gleichzeitig den Menschen größtmögliche Freiheit bei der Gestaltung ihres Lebens und der Wirtschaft lassen sollte. Zwar hat Erhard nicht alle Ideen Röpkes geteilt, aber die Lektüre dessen Trilogie stärkte Erhards Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, zum freien Handel, zu einer stabilen Währung und zur Rolle einer unparteiischen, dem Gemeinwohl verpflichteten Regierung.

Auch von den Schriften Walter Euckens ließ sich Erhard beeinflussen. Walter Eucken hatte an der Universität Freiburg eine Gruppe gleichgesinnter Denker um sich geschart. Diese Gruppe wurde als Ordoliberaler Schule oder Freiburger Schule bekannt. Eucken hielt eine Überwachung der Märkte durch die Regierung für notwendig,



Ludwig Erhard: Porträt, 1948

um Missbrauch durch mächtige Interessengruppen zu verhindern. Um einen völlig freien Wettbewerb zu gewährleisten, müssten Monopole, Kartelle und marktbeherrschende Firmen aufgelöst werden. Im Grunde forderte Eucken eine von der Regierung überwachte, auf den Verbraucher ausgerichtete Marktwirtschaft.

Euckens Schriften bestärkten Erhard, seine eigenen Ideen weiter zu entwickeln. Erhard war zwar von Euckens und Röpkes Publikationen inspiriert, ließ sich jedoch nicht in irgendeine Schule einordnen. Erhard entwickelte seine eigene Mischung aus Ideen, die auf einem liberalen Kern basierten.

Ludwig Erhard hat im Übrigen durch die Arbeit seines Instituts für Industrieforschung – wie es Meinhard Knoche in einem Forschungsbeitrag 2018 belegte – wichtige Grundlagen für die angewandte und politikorientierte Wirtschaftsforschung geschaffen, auf denen sich das ifo Institut in München ab Januar 1949 erfolgreich entwickeln konnte.

Kriegsende

„Die Freiheit ist ein so kostbares Gut, dass sie täglich neu verteidigt und täglich neu gewonnen werden muss.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 643

— Als der Zweite Weltkrieg im Mai 1945 mit der totalen Kapitulation Deutschlands endete, war Ludwig Erhard 48 Jahre alt. In Deutschland herrschten Hunger und Wohnungsnot. Preise und Löhne waren durch die Besatzungsmächte nach wie vor staatlich festgelegt. Auch die Verteilung der wichtigsten Lebensmittel und Güter war weiterhin über Bezugsmarken geregelt. Die Alliierten begegnen den Deutschen zunächst voller Misstrauen. Denazifizierung, Demilitarisierung, Demontage, Dezentralisierung und Demokratisierung waren ihre Ziele für Deutschland.

In der herrschenden Verwirrung und Unsicherheit war unklar, ob die zahlreichen Verbindungen, die Ludwig Erhard hatte, ihm tatsächlich nützen würden. Er hatte mit den NS-Verbrechen nichts zu tun gehabt. Er war vor allem ein unabhängiger Denker. Erhard hatte somit eine gute Ausgangsposition, um Einfluss auf die 1945 beginnende Debatte über die Umgestaltung Deutschlands zu nehmen.

Erhard bot seinen Rat den Amerikanern an, die am 18./19. April 1945 Fürth besetzt hatten. Am 23. Mai 1945 schrieb er an den US-Stadtkommandanten von Fürth, Captain John Daly Cofer:

„Nach der Ausmerzung des Ungeistes des National-Sozialismus habe ich das Bestreben, an der Läuterung Deutschlands mitarbeiten zu dürfen. Ich bekenne mich zu den vielleicht noch wenigen Deutschen, die es als Glück ansehen, dass Deutschland für die Taten seiner

verbrecherischen Regierung sühnen darf, um vor den Völkern der Welt wieder ehrlich zu werden“.

Die Amerikaner gaben Erhard den „Spezialauftrag der Wiederingangsetzung der Fürther Industrie“. Er sollte zunächst Erhebungen über den Zustand und die Möglichkeiten industrieller Betätigung anstellen. Bereits nach kurzer Zeit lieferte Erhard seinen Bericht ab. Er stellte darin die These auf, dass eine Währungsreform unabdingbar sei, aber erst durchgeführt werden könne, wenn die Produktion wieder aufgenommen, das Transportwesen funktionsfähig und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt sei. Bis diese Punkte umgesetzt seien, sollte der Staat die Wirtschaft beaufsichtigen, um der Bevölkerung Leid zu ersparen.

Kurz nachdem Erhard seinen Bericht abgegeben hatte, wurde er von den Amerikanern zum wirtschaftlichen Berater bei der Militärregierung für Mittel- und Oberfranken ernannt. Erhard konnte auch in der „Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern“ mitwirken.

Erhard strebte nun nach höheren Aufgaben. Selbstbewusst schrieb er an den Fürther Stadtkommandanten, er fühle sich aufgrund seiner Vorbildung, seiner Kenntnisse und Fähigkeiten in der Lage, übergeordnete und wesentliche Aufgaben erfüllen zu können.

Die Amerikaner waren mit Erhards Arbeit zufrieden. Die amerikanische Militärverwaltung in Nürnberg empfahl den Wirtschaftsfachmann Erhard daraufhin der Militärregierung für Bayern.



Eine alte Frau geht an völlig zerstörten Hausfassaden vorbei, 1945

Bayerischer Wirtschaftsminister

„Die ‚Qualitäten‘, die der Mittelstand als Wert herausstellen muss, sind: Die Selbstverantwortlichkeit für das eigene Schicksal, die Selbstständigkeit der Existenz, der Mut, aus eigener Leistung zu bestehen und sich in einer freien Gesellschaft, einer freien Welt behaupten zu wollen.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 145

— Im September 1945 beriefen die Amerikaner den aus dem Exil zurückgekehrten Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner ins Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten. Wilhelm Hoegner sollte sich sein Kabinett selbst zusammenstellen, vorbehaltlich der Billigung durch die US-Militärregierung. Er tat dies ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, weil politisch unbelastetes und zugleich erfahrenes Personal knapp war.

Beim Posten des Ministers für Handel und Gewerbe tat er sich schwer und holte sich mehrere Absagen, weil viele befürchteten, sich bei dieser Aufgabe politisch und persönlich zu verschleißen. Ludwig Erhard stand für dieses Amt jedoch bereit. Mitte September 1945 befragten die Amerikaner Erhard kurzfristig, um sicherzustellen, dass er die richtigen Ansichten hatte, und ernannten ihn zum Wirtschaftsminister in dem neuen von Wilhelm Hoegner geführten Kabinett. Offenkundig betrachtete die US-Militärregierung Erhard wegen seiner marktwirtschaftlichen Linie als Gegengewicht zu Hoegner. Erhard trat am 3. Oktober 1945 sein Amt als Bayerischer Minister für Handel und Gewerbe an.

* 1945 Erhard wird
Bayerischer Staats-
minister für Wirt-
schaft im Kabinett
Hoegner

Da in Bayern wegen der vom Krieg verursachten Zerstörungen Chaos herrschte, Lebensmittel und andere Waren rationiert waren und Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt war, die nicht miteinander Handel treiben durften, konnte Erhard zu diesem Zeitpunkt wenig tun, um die wirtschaftliche Aktivität anzuregen. Er war jedoch entschlossen, nicht nur den Mangel zu verwalten.



Das Kabinett Hoegner, das zweite Bayerische Nachkriegskabinett:

Ministerpräsident und Justizminister Wilhelm Hoegner (sitzend)

Ludwig Ficker (Staatssekretär im Innenministerium), Albert Rosshaupter

(Arbeitsminister, SPD), Anton Pfeiffer (Staatssekretär, Leiter der Staatskanzlei, CSU),

Johann Ehard (Staatssekretär im Justizministerium, CSU), Ludwig Erhard (Wirtschaftsminister,

Demokratische Partei), Josef Seifried (Innenminister, SPD), Franz Fendt (Kultusminister, SPD),

Fritz Terhalle (Finanzminister, parteilos), Heinrich Krehle (Staatssekretär im

Arbeitsministerium, CSU), Josef Baumgartner (Ernährung und Landwirtschaft, CSU),

Heinrich Schmitt (ohne Portefeuille, KPD), Hans Müller (Staatssekretär im Finanz-

ministerium, parteilos) stehend v.l.n.r.

Er tat, was er konnte, und warb für seine Ideen. Als Bayerischer Wirtschaftsminister verhinderte er, dass die Bezirks- und Stadtverwaltungen und die Bürgermeister ihren jeweiligen Bereich wie autonome Kleinstaaten behandelten und die Ressourcen zu Lasten anderer für sich horteten.

Sein Ministerium überwachte das Rationierungssystem in Bayern und übernahm die Wirtschaftsplanung. Erhard betrachtete dies als notwendiges Übel, das zeitlich befristet war. Wiederholt forderte er die Alliierten auf, die Wirtschaftskontrollen zu lockern, damit die Selbstheilungskräfte des Marktes zum Tragen kommen konnten. Im Mai 1946 veranstaltete er in München eine Messe bayerischer Produkte, die sich für den Export eigneten. Im August organisierte er eine noch größere Handelsmesse, auf der eine breite Warenpalette aus der bayerischen Wirtschaft zu sehen war.

Erhard war nur 14 Monate lang Bayerischer Wirtschaftsminister. Während dieser Zeit erhielt Bayern zunächst eine Verfassung, dann wurde der Landtag gewählt und schließlich eine parlamentarisch legitimierte Mehrparteienregierung gebildet. In der hatte Erhard keinen Platz mehr und wurde am 16. Dezember 1946 entlassen.

* 1946 Rücktritt der
Regierung Hoegner

Sein Nachfolger Dr. Rudolf Zorn stellte schnell fest, dass er ein administratives Chaos übernommen hatte. Erhard mochte Dienstzimmer und Schreibtische nicht, das Aktenstudium und die Verwaltungsroutine widerstrebten ihm.

Generell interessierte sich Erhard stärker für die große politische Linie, statt für Fragen der Verwaltung und Leitung. Wirtschaftliche Ordnungspolitik war seine Leidenschaft, für das Tagesgeschäft mussten andere sorgen.

Staatssekretär Georg Fischer in Erhards Ministerium, der nach Erhard an zweiter Stelle stand, war Kommunist und arbeitete gegen Erhard. Heimlich sammelte er belastende Informationen gegen Erhard. Anfang Juni 1946 wurde Fischer von den Amerikanern entlassen, nahm aber die belastenden Informationen mit. Unmittelbar nach Antritt der neuen Regierung im Januar 1947 forderte die SPD auf der Grundlage von Fischers Dokumenten und anderer Informationen eine Untersuchung von Erhards Amtsführung.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Alois Schlögl, ein CSU-Mann, nahm den verabschiedeten Minister hart her. In den Zeitungen ging die Rede vom Miss-Wirtschaftsminister. Nach monatelangen Vernehmungen und Beratungen bescheinigte der Untersuchungsausschuss Erhard zwar, dass er ein ehrenwerter Mann sei und für festgestellte Verschiebungen von wichtigen Rohstoffen und Materialien persönlich keine Verantwortung trage, dass er allerdings zur Führung eines Ministeriums ungeeignet sei.

Man müsste annehmen, dass damit Erhard am Ende seiner politischen Laufbahn angelangt wäre. Die frühzeitige Entlassung aus dem Amt hat Ludwig Erhards Karriere jedoch nicht geschadet. Ganz im Gegenteil.

* 1947 Erhard wird
zum Honorarprofessor
an der LMU München
ernannt

Ein Schritt vorwärts war die Ernennung Erhards zum Honorarprofessor. Ludwig Erhard hatte sich bereits nach Kriegsende der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern um den Nationalökonom Adolf Weber angeschlossen. Dadurch hatte er Beziehungen zur staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität aufgebaut. Erhard übernahm, bevor er Bayerischer Wirtschaftsminister wurde, einen von der Fakultät erteilten zweistündigen volkswirtschaftlichen Lehrauftrag. Als Wirtschaftsminister ließ er diesen Lehrauftrag ruhen. Seine Lehrtätigkeit setzte Erhard dann 1947 wieder fort.

Die staatswirtschaftliche Fakultät beantragte im Februar 1947 beim zuständigen Kultusministerium die Ernennung Erhards zum Honorarprofessor aufgrund seiner weitreichenden Erfahrung auf allen Gebieten der bayerischen Wirtschaft. Erst nachdem der Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags Erhards Redlichkeit bestätigt hatte, verlieh das Kultusministerium am 7. November Erhard den Titel „Honorarprofessor“. Auf den Titel Professor war Erhard sein ganzes Leben lang stolz.

Erhards Soziale Marktwirtschaft

„Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf den Grundsätzen der Freiheit und der Ordnung, die, soll Harmonie herrschen, in meiner Sicht ein untrennbares Ganzes bilden; denn wo Freiheit ohne eine fest gefügte Ordnung obwaltet, droht sie ins Chaotische zu entarten, und wo Ordnung ohne Freiheit bestehen soll, führt sie nur allzu leicht zu brutalem Zwang.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 549

— In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte sich, dass Ludwig Erhard sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft abgerundet und zur Reife gebracht hatte. Erhards Konzept kam keineswegs über Nacht zustande. Vielmehr hat Erhard seit seiner Studienzeit in Nürnberg und Frankfurt, während seiner Tätigkeit im Vershofen-Institut für Wirtschaftsbeobachtung und später in seinem eigenen Institut für Industrieforschung fast 30 Jahre lang konsequent daran gearbeitet.

Erhard war bei der Erarbeitung seiner wirtschaftspolitischen Konzeption zwar immer ein eigenständiger Denker, aber er hat die Soziale Marktwirtschaft nicht erfunden. Er hat vielmehr zusammengeführt und zu einem geschlossenen Konzept entwickelt, was andere wie Wilhelm Rieger, Franz Oppenheimer, Alfred Müller-Armack, Walter Eucken, Wilhelm Röpke und andere in Teilen entwickelt hatten.

Den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ hat Erhard von Prof. Alfred Müller-Armack, seinem späteren engen Mitstreiter und Vertrauten, übernommen. Müller-Armack gilt als Namensgeber der „Sozialen Marktwirtschaft“, da er diesen Begriff erstmals 1946 in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ verwendete.

Erhard gehörte keiner ökonomischen Schule an, auch nicht der Freiburger Schule um Walter Eucken. Allerdings hat sich Erhard durchaus an den Prinzipien von Walter Eucken orientiert, die der Staat als Rahmenbedingungen setzen

muss, um die Soziale Marktwirtschaft als erfolgreiche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einrichten und erhalten zu können. Eucken sieht in seinem Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ folgende „konstituierenden“ und „regulierenden“ Prinzipien als erforderlich an:

- * Basis der Sozialen Marktwirtschaft bildet das Privateigentum. Während Kollektiveigentum kollektive Verantwortungslosigkeit zur Folge hat, sichert Privateigentum einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Eigentum. Konkrete Haftungsregelungen verstärken den sorgsamsten Umgang mit dem Eigentum.
- * Nur konvertibles und stabiles Geld sorgt für unverzerrte Preise und Preisrelationen, die den Produzenten und Konsumenten Kalkulations- und Planungssicherheit für Investitions- und Konsumententscheidungen geben.
- * Freie Preisbildung auf den Märkten beinhaltet neben den Informationsfunktionen auch Lenkungs- und Auslesefunktionen.
- * Offene Märkte, Vertrags- und Niederlassungsfreiheit sorgen dafür, dass die Einbindung der heimischen Industrie in die internationale Arbeitsteilung stattfindet.
- * Gleichzeitig beschränken offene Märkte auf Dauer Macht- und Ausbeutungsmöglichkeiten durch einheimische Unternehmen und beugen so einer Monopolisierung vor.

- * Mit Hilfe einer aktiven Wettbewerbspolitik sollen Wettbewerbsbeschränkungen in Form von Kartellen, Monopolen und marktbeherrschenden Unternehmen verhindert werden.
- * Die Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturen und eine mittelfristige Wachstumspolitik schaffen günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung.
- * Gleichwohl notwendig sind ein investitionsfreundliches Steuerrecht, die Vermeidung übermäßiger staatlicher Regulierungen, marktkonforme Stabilisierungsmaßnahmen zur Glättung konjunktureller Schwankungen sowie eine Mittelstands- und regionale Wirtschaftsförderung.
- * Die Spannungen zwischen marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich stellen die staatlichen Stellen vor besondere Herausforderungen. Aufgabe des Staats ist es, diese Spannungen ausgewogen aufzulösen.

Auch wenn Erhard die Soziale Marktwirtschaft nicht erfunden hat, gehört es zweifellos zum Verdienst Erhards, die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft später mit Mut, Überzeugungskraft und Ausdauer politisch durchgesetzt zu haben. Das Wirken Erhards wäre jedoch ohne seine langjährigen wissenschaftlichen Arbeiten und theoretischen Erkenntnisse nur Fragment geblieben.



Ludwig Erhard auf einer Liege im Garten
seines Sommerhauses am Tegernsee
zwischen Gmund und Bad Wiessee, 1956

Erhard suchte wie andere auch nach einem „dritten Weg“ zwischen Planwirtschaft und völlig freier Marktwirtschaft. Marx und andere Kollektivistinnen betrachtete Erhard als Gefahr für die menschliche Freiheit. Planwirtschaft sah Erhard aufgrund seines Wissens über die sowjetische Wirtschaft und aufgrund seiner Erfahrungen im Dritten Reich als zum Scheitern verurteilt an. Dem Staat fehle schlicht das Wissen, eine ganze Volkswirtschaft wirkungsvoll zu steuern. Erhard äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Aus wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer, historischer Erfahrung lehnen wir jegliche Formen einer staatlich zentralistischen, bürokratischen Planwirtschaft ab, da diese zu einer Verkümmern der Produktivität, zu einer Willkür der Verteilung und zuletzt zur Aufhebung der freien Berufs- und Konsumwahl als der unantastbaren Grundrechte der menschlichen Freiheit in einer echten Demokratie führen muss. Die staatliche Planwirtschaft erweist sich, sofern sie nicht zum brutalen Zwange führen soll, als eine das eigene System sprengende Fehlkonstruktion.“

Erhard lehnte aber auch den Gegenpol zur Planwirtschaft, den unbeschränkten freien Markt ab. Der Laissez-faire-Kapitalismus habe nur zur Ausbeutung von Arbeitnehmern und zur Prellung von Verbrauchern geführt. Erhard:

„Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das ‚freie Spiel der Kräfte‘ und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete

Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugutekommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Nach Erhards Auffassung soll in der Sozialen Marktwirtschaft der Staat die Wettbewerbsregeln festlegen und dann das System überwachen, aber nicht selbst daran teilnehmen. Der Staat spiele somit für ein reibungsloses Funktionieren der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Er ist nach der Konzeption Erhards verantwortlich für die Schaffung und Aufrechterhaltung des Marktsystems, für die Überwachung der sozialen Auswirkungen ökonomischer Entwicklungen, für die Sicherstellung von Wohlstand und Stabilität und für die Förderung von Wachstum und freiem Handel.

In diesem Rahmen würden die freien Märkte als Mechanismen zur Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen dienen. Nur freie Märkte könnten Verbraucher und Produzenten zum beiderseitigen Vorteil zusammenbringen. Auch beweise die Geschichte, dass Marktwirtschaften schlicht produktiver seien als zentral gesteuerte Wirtschaftsformen.

Erhard war bei seinem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft der Überzeugung, dass es keine freie Marktwirtschaft ohne freie Preise geben könne. Ein funktionierendes Preissystem erfordere aber Wettbewerb.

Für Erhard ist der Wettbewerb der Motor der Wirtschaft und der freie Preis das Steuerungsmittel der Wirtschaft. Nur ein freies Preissystem, so Erhard, ermögliche Wachstum und soziale Gerechtigkeit. Weder der Staat noch Privatgruppen dürften den Preismechanismus zu ihrem Vorteil manipulieren.

Aus diesem Grund war Erhard ein erbitterter Gegner von Kartellen. Er verurteilte Kartelle ohne Wenn und Aber und verglich sie mit der Planwirtschaft. Sie würden dem Wohl der Verbraucher schaden und das Gesamtproduktionsvolumen senken. Den Kampf gegen Kartelle betrachtete Erhard als seine wichtigste Aufgabe.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehören nach Auffassung Erhards auch viele andere Komponenten wie das Privateigentum, die Preisstabilität oder der Freihandel. Erhard lehnte auch ausufernde Bürokratie ab. Wichtiges Ziel von Erhards Wirtschaftspolitik war es, die Menschen vor der Willkür der Behörden und anderer Institutionen zu schützen, damit sie ihr Leben in Freiheit und Würde nach eigenem Ermessen gestalten könnten.

Im Zentrum seines Weltbilds stand der Einzelne. Individuen könnten ein freies und gutes Leben in Wohlstand führen, wenn sie an freien Märkten teilnehmen könnten. Ein starker Staat sei allerdings notwendig, um diese Freiheiten zu schützen.

Erhard wollte als Optimist und als nüchterner Intellektueller den Menschen die Freiheit geben, ihr eigenes Potenzial



Ludwig Erhard mit Ehefrau Luise
auf der Gangway einer Sondermaschine
der Lufthansa, 1960

zu verwirklichen. Er wusste aber auch, dass weder Märkte noch Demokratien automatisch funktionieren, und appellierte an eine harmonisch befriedete Gesellschaft:

„Zum Wesen einer harmonisch befriedeten Gesellschaft gehört auch, dass sich die Menschen aus den verschiedensten Lagern verständnisbereit zeigen und einander unvoreingenommen anhören, Meinungen gegeneinander abwägen und in dem, der einen anderen Standpunkt vertritt, nicht den unversöhnlichen Feind erblicken, der verdächtigt und beschimpft werden muss.“

In jahrzehntelanger wissenschaftlicher Arbeit hatte Erhard wichtige wirtschaftliche Prinzipien zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt und zusammengeführt. Dieses Konzept sollte ihn für sein weiteres Leben begleiten.

Sonderstelle für Geld und Kredit

„Die Wirtschaft ist vielleicht das Primitivste, aber sie ist auch das Unentbehrlichste; erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele erfüllen.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 137

— Während Erhards Konzept der Sozialen Marktwirtschaft reifte, liefen seine beruflichen Beanspruchungen weiter. Zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum Honorarprofessor im November 1947 war Erhard bereits seit kurzem Vorsitzender der „Sonderstelle für Geld und Kredit“ im hessischen Bad Homburg vor der Höhe. Wie kam es dazu?

Zum 1. Januar 1947 hatten die Amerikaner und die Briten ihre Zonen bei fortdauernder besatzungsrechtlicher Eigenständigkeit zur „Bizone“, zu einem „Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ zusammengeschlossen. Vor dem Hintergrund der verschlechterten Versorgungslage in Deutschland und den angespannten Beziehungen zwischen den westlichen Alliierten und den Sowjets wollten die Amerikaner und die Briten dadurch eine Sicherstellung der Grundversorgung in ihren Besatzungszonen erreichen.

Ende Juni 1947 beschloss der von den Alliierten als eine Art Parlament für die Bizone gegründete Wirtschaftsrat, einen Sachverständigenrat zu schaffen. Diese „Sonderstelle für Geld und Kredit“ sollte das Gremium bei der Vorbereitung der Währungsreform beraten. Die Amerikaner schlugen Erhard vor, da er der freien Marktwirtschaft positiv gegenüberstand. In der ersten Sitzung am 10. Oktober 1947 wurde Erhard zum Vorsitzenden der „Sonderstelle für Geld und Kredit“ ernannt.

* 1947 Erhard wird
Vorsitzender der
„Sonderstelle für
Geld und Kredit“

Diese Position war wie geschaffen für Erhard. Sie bot ihm ein Forum für weitreichende Diskussionen zu politischen

und wirtschaftlichen Themen, ohne ihn durch übermäßige administrative Arbeit zu belasten. Etliche Mitglieder der Sonderstelle wehrten sich gegen eine von Erhard verfolgte marktwirtschaftliche Ordnung. Sie wollten eine umfassende Planung der Wirtschaft erreichen, die jedem ein Minimum an Konsumgütern zuweist. Erhard vertrat hingegen die Auffassung, dass die Bewirtschaftung über Bezugsmarken ganz abgeschafft werden müsse. Der Schwerpunkt der deutschen Wirtschaft müsse auf die Konsumgüterindustrie verlagert werden. Das lasse sich am besten durch die Liberalisierung der Wirtschaft erreichen.

Erhard forderte in mehreren Artikeln die Alliierten auf, die Währungsreform so schnell wie möglich durchzuführen. Mit der wertlosen Reichsmark gebe es kaum Anreize für die Deutschen, legal zu arbeiten. Auch könne nur durch eine Währungsreform der Handel auf dem Schwarzmarkt unterbunden werden.

Im Januar 1948 legte Erhard den Alliierten den „Homburger Plan“ zu einer Währungsreform vor. Darin wird eine Verringerung der in der deutschen Wirtschaft bestehenden Kaufkraft im Verhältnis von zwanzig zu eins gefordert. Jeder Deutsche sollte am Tag der Währungsumstellung 50 neue Mark erhalten. Vermögensbesitzer sollten auf bis zu 80 Prozent ihrer Kapitaleinkünfte, die sie seit dem 1. Januar 1940 eingenommen hatten, und auf die Hälfte ihrer anderen Vermögenswerte verzichten.

Die Alliierten lehnten den „Homburger Plan“ ab und verfolgten mit dem schon länger ausgearbeiteten „Colm-Dodge-Goldsmith-Plan“ ihre eigenen Zielvorstellungen. Dieser sah insbesondere vor, 70 Prozent des Geldvermögens ein für alle Mal zu streichen, 20 Prozent bis auf Weiteres zu blockieren und 10 Prozent in eine neue, frei verfügbare Währung umzutauschen. Dieser Plan stammte bereits aus dem Jahr 1946. Im Januar 1946 schickte die US-Regierung eine Expertengruppe unter der Leitung der beiden deutschstämmigen Ökonomen Gerhard Colm und Ray Goldsmith nach Deutschland.

In Deutschland arbeitete die Gruppe eng mit Joseph Dodge zusammen. Dodge war einflussreicher Bankier und Vertrauter des amerikanischen Militärgouverneurs General Lucius D. Clay. Er sorgte dafür, dass die Pläne nicht wie so viele andere in der Ablage verschwanden. Schon Anfang April 1946 konnte die Gruppe einen ersten Entwurf ihres Plans vorlegen. Am 20. Mai 1946 präsentierte sie General Clay die dritte und letzte Fassung, den „Colm-Dodge-Goldsmith-Plan“. Der für ganz Deutschland aufgestellte Plan enthielt bereits alle wesentlichen Elemente der späteren Währungsreform. Er kombinierte eine radikale Geldwertsanierung in drei Phasen mit einem umfassenden Lastenausgleich.

Im Beraterstab von General Clay arbeitete auch Edward Adam Tenenbaum mit, ein junger US-amerikanischer Offizier und Ökonom, Sohn jüdischer Emigranten aus Polen. Tenenbaum gilt als „Vater der D-Mark“. Auf ihn geht der Name der neuen Währung „Deutsche Mark“ zurück.

Wirtschaftsdirektor der Bizone

„Jede Monopolstellung birgt in sich die Gefahr der
Übervorteilung des Konsumenten und lässt zudem den
wirtschaftlichen Fortschritt erstarren.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 168

* 1948 Erhard wird
Direktor der
„Verwaltung für
Wirtschaft“ der
Bizone

— Anfang März 1948 wurde Ludwig Erhard überraschend aus der Sonderstelle für Geld und Kredit in ein wichtigeres Amt berufen. Er wurde Direktor der Verwaltung für Wirtschaft als Quasi-Wirtschaftsminister der Bizone und verlagerte seine Tätigkeit von Bad Homburg nach Frankfurt am Main. Bei Erhards Berufung spielte der Einfluss von FDP und CSU eine wichtige Rolle. Offiziell nahm Erhard seine neue Tätigkeit als Wirtschaftsdirektor der Bizone am 2. April 1948 auf.

Erhards Amtsvorgänger, der CSU-Politiker Johannes Semler, hatte im Januar in einer CSU-Versammlung die amerikanischen Lebensmittellieferungen polemisch als „Hühnerfutter“ bezeichnet („Man schickt uns Hühnerfutter und erwartet noch, dass wir uns dafür bedanken“). Die stark verärgerten Militärgouverneure Clay und Robertson hatten ihn daraufhin am 24. Januar 1948 amtsenthoben.

Dieser Vorgang beförderte Erhard in sein nächstes Amt. Es war für Erhard von außergewöhnlicher Bedeutung. In diesem Amt konnte Erhard Deutschlands Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich mit beeinflussen.

Ludwig Erhard verstand sich in seinem neuen Amt keinen Moment lang als bloßer Wirtschaftsverwalter, sondern immer als Wirtschaftspolitiker, zu dem er sich berufen fühlte. Er wollte die Wirtschaftsverwaltung, die damals Wirtschaftslenkung bedeutete, keineswegs vervollkommen, sondern die Wirtschaftslenkung weitgehend abschaffen.

Am 21. April 1948 gab Erhard im Wirtschaftsrat so etwas wie eine wirtschaftspolitische Regierungserklärung ab. Diese Rede, die allgemein als rhetorische Meisterleistung gewürdigt wurde, machte Eindruck. Erhards Sendungsbewusstsein trat dabei deutlich in Erscheinung. Erhard wollte dem herrschenden Chaos eine kühne Vision für eine glücklichere Zukunft der Deutschen entgegensetzen.

Daniel Korfer beschreibt das in seinem grundlegenden Werk „Kampf ums Kanzleramt – Erhard und Adenauer“ wie folgt:

„Erhards Leitmotiv und Legitimation zugleich: die wissenschaftlich tiefere Erkenntnis, die daraus resultierende Fähigkeit zur richtigen Diagnose, zur Heilung gesellschaftspolitischer Krankheitsprozesse. Der Verwaltungsroutine – der Stachel der bayerischen Vorwürfe saß tief – und nüchternem politischem Pragmatismus erteilte er eine deutliche Abfuhr; sie konnten in kritischen Situationen nicht weiterhelfen, mochten sie in der alltäglichen politischen Praxis auch noch so angebracht sein. Nein, in schwierigen Zeiten brauchte man aus tieferen Quellen gespeiste Ideen, konnte man das Chaos nur durch kühne Visionen bannen, zu einer neuen Ordnung fügen. Und Erhard ließ kaum einen Zweifel daran, daß er die dafür erforderlichen Qualitäten besaß.“

Nach Erhards Rede am 21. April 1948 wusste der Wirtschaftsrat, woran er mit Erhard war. Mit der scharfen positiven Akzentuierung der Konsumgüterindustrie zu Lasten

der Investitionsgüterindustrie wandte er sich radikal von der Politik seines Amtsvorgängers ab. Erhard kündigte, ganz im Sinne seiner schon oftmals bekundeten Äußerungen, eine Ausrichtung zur Marktwirtschaft im Zusammenhang mit der Währungsreform an.

Erhard stellte klar, dass es nicht seine Aufgabe sei, die Kontrollen zu verbessern, sondern sie abzubauen und irgendwann ganz abzuschaffen. Die Währungsreform werde dazu Gelegenheit geben. Diese müsse auf eine sozial verantwortungsvolle Weise durchgeführt werden. Der Staat müsse dabei Maßnahmen zum Schutze der Schwachen ergreifen, damit die Lasten so gleichmäßig wie möglich verteilt würden.

Die Reaktionen auf Erhards Rede fielen alles andere als enthusiastisch aus. Sein Plädoyer für Freiheit und Wohlstand wurde von vielen nicht verstanden und von anderen gefürchtet, die nur die bequemen Beschränkungen staatlicher Kontrollen kannten. Erhards Konzept stieß bei vielen auf Skepsis, Unverständnis, ja blankes Entsetzen.

Die Journalistin Marion Gräfin Dönhoff, immerhin eine promovierte Volkswirtin und spätere Chefredakteurin und Mitherausgeberin der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT, äußerte sich damals folgendermaßen:

„Wenn Deutschland nicht schon eh ruiniert wäre, dieser Mann mit seinem absurden Plan, alle Bewirtschaftungen aufzuheben, würde es gewiss fertigbringen. Gott schütze uns davor, dass der einmal Wirtschaftsminister wird.“

Diese Beurteilung hat Marion Gräfin Dönhoff später wahrscheinlich korrigiert.

Erhard ließ sich aber weder von der mangelnden Unterstützung noch von der harten Kritik einschüchtern. Er war fest von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt. Er machte unbeirrt weiter und setzte die Vorbereitungen zur bevorstehenden Währungsreform fort. Es galt vor allem, die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Freigabe der Preise vorzubereiten, damit beides im Zuge der Währungsreform in Kraft gesetzt werden konnte. Größte Eile war geboten.



Ludwig Erhard: Porträt mit Zigarre, 1965

Währungsreform: Erhard beweist Mut

„Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 601

— Ludwig Erhard war überzeugt, dass die Währungsreform nur bei gleichzeitiger Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung erfolgreich sein könne. Die meisten Preise und Löhne sollten wieder auf der Basis von Angebot und Nachfrage gebildet werden. Um dies erreichen zu können, war insbesondere ein sogenanntes „Leitsätze-gesetz“ erforderlich.

Leonhard Miksch, der in Erhards Verwaltung für Wirtschaft für Grundsatzfragen der Preis- und Lohnpolitik zuständig war, erarbeitete in engem Schulterschluss mit Erhard dieses „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform.“ Leonhard Miksch war einer der wenigen Ordoliberalen, der gleichzeitig Sozialdemokrat war und Erhard entschieden zurarbeitete.

In der 18. Vollversammlung des Wirtschaftsrats am 17. und 18. Juni 1948 stand das „Leitsätze-gesetz“ auf der Tagesordnung. Erst nach hitzigen Debatten wurde das „Leitsätze-gesetz“, das als Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft gilt, verabschiedet. Die Abgeordneten der CDU/CSU und FDP votierten, gegen die Stimme der SPD und KPD, geschlossen dafür.

Die SPD-Sprecher wandten sich scharf gegen die Ermächtigungen für den Wirtschaftsdirektor. Erhard hingegen betonte, es handele sich keineswegs um ein „Ermächtigungsgesetz“, sondern um ein „Gesetz zum Schutze der deutschen Währung, ein Gesetz zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheit und Grundrechte, ein Gesetz



Berliner mit einer Zeitung, in der die Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen (Westdeutschland) am 20. Juni 1948 bekannt gegeben wird

des sozialen Schutzes und ein Gesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.“

Am 18. Juni 1948 um 4.53 Uhr morgens endete die Sitzung. Erhard erhielt mit 52 Ja- gegen 37 Nein-Stimmen eine Mehrheit für das „Leitsätze-gesetz“, das allerdings noch der Zustimmung des Länderrats und der Genehmigung durch die Militärregierungen bedurfte.

* 20. Juni 1948
Erhard leitet ohne
Genehmigung der
Amerikaner
und Briten die
Aufhebung der
Bewirtschaftung
und die Freigabe
der Preise ein

Wenige Stunden nach der Verabschiedung des „Leitsätze-gesetzes“ gaben die Militärregierungen das Anlaufen der Währungsreform bekannt. Der 18. Juni war ein Freitag, die Geldumtauschaktion sollte am Sonntag stattfinden, ab Montag würde nur noch die neue Deutsche Mark gelten. Für jeden Deutschen in den drei Westzonen waren 60 Deutsche Mark „Kopfgeld“ vorgesehen, von dem am 20. Juni zwei Drittel, also 40 Deutsche Mark, zur Auszahlung anstanden. Die Betriebe, die Löhne und Gehälter zu zahlen hatten, sollten Betriebsmittel erhalten. Insgesamt sollten die meisten Verbindlichkeiten im Verhältnis 100:10 umgestellt werden.

Nun war Erhard an der Reihe. Entschlossen und mutig riss er das Gesetz des Handelns an sich. Der Wirtschaftsrat, das wichtigste Organ der bizonalen deutschen Legislative, hatte zwar mit der Verabschiedung des „Leitsätze-gesetzes“ und weiterer Bestimmungen Erhard Handlungsmöglichkeiten eingeräumt. Aber es war Erhard nicht mehr gelungen, das Gesetzgebungsverfahren abzuschließen und die Zustimmung der Militärregierungen zu erhalten.

Erhard musste also ohne die ausstehenden Zustimmungen erreichen, dass die Währungs- und die Wirtschaftsreform von Anfang an als Einheit aufgefasst wurden. Nur dann würde ein ausreichendes Warenangebot auf den Markt kommen und der neuen Währung die Chance verschaffen, angenommen zu werden.

Erhards historische Stunde schlug. Sein Mut war gefordert. Auch ohne vorliegende Genehmigungen ließ Erhard kurzerhand am Sonntag seinen Pressesprecher Kuno Ockhardt im Rundfunk verkünden, dass für eine große Zahl von Waren Preiskontrolle und Bewirtschaftung aufgehoben würden, andere Konsumerleichterungen kämen hinzu. Beibehalten werde zunächst noch die Bewirtschaftung der Hauptnahrungsmittel und Rohstoffe wie Kohle und Eisen.

Durch die Rundfunkmeldung entstand der Eindruck, alle Maßnahmen seien gleichzeitig und schlagartig mit der Währungsreform in Kraft gesetzt worden. Genau diese Wirkung hatte Erhard beabsichtigt. Er hatte damit ein Signal gegeben, um eine nicht mehr umkehrbare Dynamik freizusetzen.

Die Erwartungen von Erhard wurden nicht enttäuscht. Über Nacht füllten sich die Schaufenster mit all den gehorteten Waren, weil jetzt damit gutes Geld verdient werden konnte. Der „Schaufenster-Effekt“ am Montag, dem 21. Juni 1948, der unvermittelt die erstaunlichsten Warenbestände in den Geschäften sichtbar machte, kam den

Kinderschuhe

Baby Ausstattung



20./21. Juni 1948: Die Geschäfte sind wieder mit Waren gefüllt:
Passanten vor dem Schaufenster eines Bekleidungsgeschäfts
in Frankfurt am Main

Zeitgenossen fast wie ein Wunder vor. Der erste Schritt der neuen Deutschen Mark war ein großer, überwältigender Erfolg.

Die mutige Entscheidung von Erhard, ohne vorliegende Genehmigungen Preise und Kontrollen aufzuheben, hatte Konsequenzen. Erhard wurde noch am Montag von General Lucius D. Clay in sein Hauptquartier im Gebäude der IG Farben in Frankfurt einbestellt. Clay kanzelte den deutschen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ab und drohte ihm seine Entlassung an.

Da Clay jedoch durchaus Sympathien für die Argumente und die marktwirtschaftliche Denkweise von Erhard empfand und da außerdem die nun einmal angestoßene Entwicklung kaum mehr ohne Schaden rückgängig zu machen war, erhielt Erhard am Ende doch freie Hand für die Fortführung seines Kurses. Allerdings kündigte Clay unmissverständlich an, Erhard im Falle eines Misserfolgs aus dem Amt des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft zu entfernen.

Noch am Montag, dem 21. Juni 1948, billigte der Länderrat das „Leitsatzgesetz“. Noch am selben Abend wandte sich Erhard in seiner ersten und wohl auch wichtigsten Rundfunkansprache seines Lebens an die Deutschen:

„Ich habe keinen politischen Ehrgeiz und am wenigsten einen solchen parteipolitischer Art. Wenn ich die mir erteilte Vollmacht wieder in die Hände des Wirtschaftsrates zurücklege, will ich glücklich und dankbar sein, wenn es mir

vergönnt war, alle Fährnisse überwunden und zu meinem Teil dazu beigetragen zu haben, dass auch unser Volk, auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage arbeitend, wieder ein Stück von jener irdischen Lebensfreude empfinden darf, ohne das es verkümmern und verderben müsste.“

Der Prozess, den Erhard angestoßen hatte, nahm nun seinen Lauf. Am 25. Juni wurden in der britischen und amerikanischen Zone viele Preise freigegeben. Am 30. Juni 1948 genehmigten die Briten und Amerikaner das „Leitsätze-gesetz“. Die Franzosen führten zwar die neue Währung ein, liberalisierten jedoch nicht die Wirtschaft in ihrer Zone und verurteilten damit die Bewohner zu monatelanger Entbehrung, bis sie ebenfalls Erhards Programm übernahmen.

Die Kehrseite des neuen Warenangebots für die Deutschen waren die rasch steigenden Preise. Sie sorgten dafür, dass viele Menschen am neuen Warenangebot nur sehr beschränkt teilhaben konnten, weil die Löhne eingefroren blieben. Der Unmut in der Bevölkerung nahm rasch zu.

Die SPD bekämpfte Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik als unsozial. Mehrfach versuchte sie vergeblich, durch Misstrauensanträge im Wirtschaftsrat Erhards Ablösung zu erreichen. Am 12. November 1948 kam es sogar zu einem Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik, dem bislang einzigen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. 9,25 Millionen Beschäftigte legten an diesem Tag in der



20. Juni 1948: Mitarbeiter der Geldausgabestelle bereiten die Ausgabe der Deutschen Mark vor

Bizone die Arbeit nieder, das war eine exorbitante Streikbeteiligung. „Erhard an den Galgen“, war auf Transparenten der Demonstranten zu lesen.

Erhard, der erstaunlich dickfellig und dickköpfig sein konnte, hielt unbeirrt an seinem Kurs fest. Dank einer Vergrößerung des preisgünstigen Warenangebots aus staatlichen Lagerbeständen und dank Lohnanhebungen beruhigte sich schon Ende 1948/Anfang 1949 die Lage. Erhard gewann nun in der Öffentlichkeit immer deutlicher an Überzeugungskraft.

Vor den für August 1949 geplanten Bundestagswahlen war es naheliegend, dass der parteilose Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard aufgrund seiner wachsenden Popularität sowohl von der FDP als auch von der CDU umworben wurde. Für Erhard war inzwischen klar geworden, dass die FDP, auch wenn sie mit seinen Idealen übereinstimmte und ihm zu seiner einflussreichen Position verholfen hatte, einfach zu klein war, um ihm eine ausreichend starke Basis für die Erreichung seiner politischen Ziele zu bieten.

Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU der britischen Zone und seit September 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates, hatte Erhards erfolgreiches Wirken spätestens seit dessen großer Programmrede vom 21. April 1948 aufmerksam verfolgt. Adenauer umwarb Erhard 1948/1949 geschickt als Zugpferd und Wahlkampflokomotive. Der alte Menschenfänger Adenauer konnte Erhard für die CDU gewinnen, auch wenn Erhard in dieser Zeit

partout kein Mitglied der CDU werden wollte. Er trat erst viel später, 1963, kurz vor seiner Kanzlerschaft, formell in die Partei ein.

Adenauer sparte nicht mit Lob und Komplimenten für Erhard, wie etwa am 24. und 25. Februar 1949 bei einer Tagung in Königswinter. Erhard trug dort sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vor und unterstrich dabei erneut, dass die Soziale Marktwirtschaft der einzige Weg zu wirtschaftlichem Aufschwung sei. Adenauer fand zu den Ausführungen Erhards folgende lobende Worte:

„Heute kann man das eine feststellen, dass die Prinzipien, die uns Herr Erhard dargelegt hat und nach denen er arbeitet und handelt, wirklich gute Prinzipien sind.“ Adenauer weiter: „Ich mache Ihnen, Herr Erhard, ein aufrichtiges Kompliment. Bisher habe ich Sie noch nicht so klar und gut Ihre Grundsätze entwickeln gehört. Sie haben schon sehr hinreißend gesprochen, aber so klar habe ich es noch nicht gehört.“

Adenauer legte bei diesem Treffen so etwas wie ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ab. Er wollte dadurch nicht zuletzt seine eigenen, in Wirtschaftsfragen teilweise noch uneinigen Parteifreunde auf Linie bringen. Auch wollte er dadurch das ihm zu linke „Ahlener Programm“ endgültig beseitigen, das in der britischen Zone unter anderen eine Vergesellschaftung des Kohlebergbaus vorsah.

Inzwischen trat am 23. Mai 1949 das Grundgesetz für die vereinigten drei Westzonen in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland war gegründet. Drei Hohe Kommissare lösten die Militärgouverneure als Kontrollinstanz der Siegermächte ab. Parallel dazu verlief in der sowjetischen Zone die Gründung der DDR, die am 7. Oktober 1949 abgeschlossen wurde.

Vor der Bundestagswahl am 14. August 1949 legte sich die CDU/CSU mit den von Ludwig Erhard mitformulierten „Düsseldorfer Leitsätzen“ auf die Soziale Marktwirtschaft fest. Ludwig Erhard trat für die CDU als Direktkandidat im Wahlkreis Ulm-Heidenheim im damaligen Bundesland Württemberg-Baden an. Im Wahlkampf wurde er neben dem Sozialdemokraten Kurt Schumacher zur dominierenden Figur. Ludwig Erhard fand seine Paraderolle als Redner, der das Wahlvolk begeistert. Sein Mythos als Wahlkampflokomotive war geboren.

* 15. September 1949:
Der Bundestag
wählt Konrad
Adenauer mit einer
Stimme Mehrheit
zum ersten
Bundeskanzler

Erhard wird
Wirtschaftsminister

Am 15. September 1949 wählte der Deutsche Bundestag Konrad Adenauer mit der knappsten denkbaren Mehrheit von einer Stimme – seiner eigenen – zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Ludwig Erhard wurde Bundeswirtschaftsminister. Die „Ära Adenauer“ war auch eine „Ära Erhard“. Ihre Zusammenarbeit sollte eineinhalb Jahrzehnte dauern.

Bundeswirtschaftsminister

„Nach meiner Auffassung beinhaltet die Soziale Marktwirtschaft eben nicht die Freiheit der Unternehmer, durch Kartellabmachungen die Konkurrenz auszuschalten; sie beinhaltet vielmehr die Verpflichtung, sich durch eigene Leistung im Wettbewerb mit dem Konkurrenten die Gunst des Verbrauchers zu verdienen. Nicht der Staat hat darüber zu entscheiden, wer im Markt obsiegen soll, aber auch nicht eine unternehmerische Organisation wie ein Kartell, sondern ausschließlich der Verbraucher.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 171

— Erhard hatte gehofft, seine Wirtschaftspolitik künftig im exklusiven, vertrauensvollen Kontakt mit Bundeskanzler Konrad Adenauer alleinverantwortlich gestalten zu können. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Im Gegenteil begann für Erhard ein schmerzhafter Prozess der Desillusionierung.

Erhard, der von Adenauer persönlich für die Union geworbene Wirtschaftsfachmann, besaß in der Union keine Hausmacht. Sein Rückhalt war, neben seinem hohen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit, vor allem Adenauer selbst.

Adenauer aber war es mit der Sozialen Marktwirtschaft in allererster Linie um ein erfolgversprechendes Wahlprogramm gegangen. Für die sehr am Grundsätzlichen orientierte Wirtschaftspolitik Erhards hatte Adenauer kaum Verständnis. Für ihn zählte der Erfolg. Auch setzte Adenauers Herrschaftstechnik auf klare hierarchische Unterordnung. Er pochte auf seine im Grundgesetz und in der Geschäftsordnung der Bundesregierung verankerte Weisungsbefugnis.

Adenauer wollte den populären Wirtschaftsprofessor, der im Wahlkampf in der Öffentlichkeit im Vordergrund agiert hatte, nicht zu stark werden lassen. Erhards Enttäuschung war groß, als er bei der Regierungsbildung auf den Status eines gewöhnlichen Ressortministers zu rechtgestutzt wurde. Das Vizekanzleramt übertrug Adenauer dem eher farblosen FDP-Minister Franz Blücher,

der das Marshallplanministerium leitete. Der zum Finanzminister bestellte CSU-Politiker Fritz Schäffer erhielt die Zuständigkeit für „Geld und Kredit“, die Erhard für sich beanspruchte.

Zwar konnte Erhard mit Adenauers erster Regierungserklärung vom 20. September 1949 zufrieden sein, da Adenauer die Soziale Marktwirtschaft im Programm für die kommenden Jahre besonders herausstellte. Doch waren die Ausgangsbedingungen für Erhard im neuen Kabinett keineswegs günstig, um ein einheitliches Konzept seiner Politik der Sozialen Marktwirtschaft umzusetzen.

Das Bundeswirtschaftsministerium war bereits damals ein großes Ressort mit rund 1600 Mitarbeitern. Ludwig Erhard ließ seinen Mitarbeitern einen weiten Spielraum. Sein Ministerium entwickelte sich rasch zu einer Denkfabrik der Sozialen Marktwirtschaft. Erhards Führungsstil führte besonders bei den Beamten seiner engeren Umgebung zu einer hohen positiven Motivation. Sie waren bereit, mit ihrem Minister durch dick und dünn zu gehen.

Besonders konnte sich Erhard auf Professor Alfred Müller-Armack und Ludgar Westrick stützen. Müller-Armack, den Erhard schon seit vielen Jahren kannte, hatte den Ausdruck „Soziale Marktwirtschaft“ in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ bereits 1946 geprägt. Erhard verwendete dann diesen Begriff ab 1948/1949. Im Oktober 1952 wurde Professor Müller-Armack von Erhard zum Leiter der Abteilung für

wirtschaftspolitische Grundsatzfragen berufen und später 1958 zum Staatssekretär befördert.

Ludgar Westrick hatte als Finanzdirektor der Kohlebergbauleitung eine erfolgreiche Industrie-Karriere hinter sich, als Adenauer auf ihn zukam, um ihn als Staatssekretär und als „Aufpasser“ in das Bundeswirtschaftsministerium zu entsenden. Adenauer wollte Erhard damit kontrollieren, tatsächlich aber tat er Erhard einen Gefallen, indem er ihm mit Westrick einen tüchtigen Verwaltungschef und absolut verlässlichen Berater in den weiteren anderthalb Jahrzehnten seiner politischen Laufbahn verschaffte. Westrick zog als „Aufpasser“ nicht mit, sondern stand von Anfang an als vertrauter Mitstreiter in voller Loyalität zu Erhard.

Als Bundeswirtschaftsminister scheute Erhard wie schon damals als Bayerischer Wirtschaftsminister die Schreibtischarbeit. Die Vorbereitung von Programmen, Studien oder Organisationsplänen überließ er seinen Mitarbeitern. Erhard nutzte seine Zeit viel lieber dafür, die Botschaft des freien Marktes in die Öffentlichkeit zu tragen, als über Akten zu brüten.

Zwar hatte Erhard in der Union keine Hausmacht, aber er konnte sich wirtschaftspolitisch dennoch auf ein einflussreiches Netzwerk von Bundestagsabgeordneten, Journalisten und Unternehmern verlassen. Dieser Kreis wurde in den 1950er-Jahren in Bonn leicht ironisch in Anspielung auf ein Freikorps, das sich 1920 am Kapp-Putsch beteiligt hatte, „Brigade Erhard“ genannt.

Die Herausforderungen, die Erhard im ersten Jahr der Regierung Adenauer zu bestehen hatte, waren immens. Eine Abwertung der jungen Deutschen Mark musste bewältigt werden, die hohe Arbeitslosigkeit verlangte nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der Kapitalmangel behinderte die Konjunktur und eine Liberalisierung des Außenhandels war erforderlich. Erhard bekam schnell zu spüren, dass das klare Mandat der Bundestagswahl für die Soziale Marktwirtschaft kein Freibrief für sein Konzept war, sondern dass eine dauernde Zustimmung hierzu nur durch die ständige Steigerung des Lebensstandards einzulösen war.

Im politischen Alltag erwachsen rasch Widerstände aus den Interessenverbänden, aus der amerikanischen Marshallplan-Verwaltung und nicht zuletzt aus dem Bundeskabinett selbst. Adenauer reagierte auf divergierende Expertenurteile zu Erhards Wirtschaftspolitik Anfang 1950 mit der Vergabe eines Gutachtens. Dieses Gutachten sollte auf der Basis einer Gesamtanalyse zu einer Gesamtbewertung der deutschen Wirtschaftspolitik gelangen. Adenauers Wahl für den Gutachter fiel auf den in Genf lebenden renommierten Nationalökonom Wilhelm Röpke, dessen weltanschauliche Grundorientierung ihm zusagte und dessen internationaler Ruf über jeden Zweifel erhaben war. Erhard war keineswegs erbaut darüber, dass Adenauer mit diesem Gutachten prüfen wollte, ob Erhards Wirtschaftskurs richtig und sinnvoll war.



Ludwig Erhard am Flughafen Zürich-Kloten, 1959

Röpkes Gutachten war indes eine glänzende durchgängige Rechtfertigung der Wirtschaftspolitik von Erhard. Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik sei, so Röpke, in erster Linie auf Erhards Liberalisierung der Märkte zurückzuführen. Eine Währungsreform ohne Freigabe der Preise hätte nicht ausgereicht. Röpke bezeichnete Erhards Politik als „großartigen Erfolg“. Adenauer kam nicht umhin, dies so anzuerkennen.

Bevor das „Wirtschaftswunder“ Fahrt aufnehmen konnte, durchlief die junge Bundesrepublik ihre bis dahin schwerste Krise. Nach dem von Stalin unterstützten Überfall Nordkoreas auf Südkorea im Juni 1950 schien der Dritte Weltkrieg bevorzustehen. Eine Koalition unter Führung der USA formierte sich, um im Auftrag der UN den Angriff zurückzuschlagen. Weltweit explodierten die Rohstoffpreise. In Deutschland waren mehr als zwei Millionen Menschen arbeitslos.

Die USA drängten die Bundesregierung, zur Bewirtschaftung zurückzukehren. Kanzler Adenauer schwankte, Ludwig Erhard lehnte dies ab. Die SPD brachte Misstrauensanträge gegen den Bundeswirtschaftsminister im Bundestag ein. Der massive Druck auf die Bundesregierung, die Marktwirtschaft wieder einzuschränken, stachelte jedoch Erhards Tatendrang und Kampfwillen an.

Am 14. März 1951 hielt er anlässlich der zweiten Lesung des Haushalts seines Ministeriums im Bundestag eine Grundsatzrede, in der er sein Konzept zur Bewältigung der

* März 1951 Erhard
legt sein Konzept
zur Bewältigung der
wirtschaftlichen
Folgen des Korea-
Krieges vor

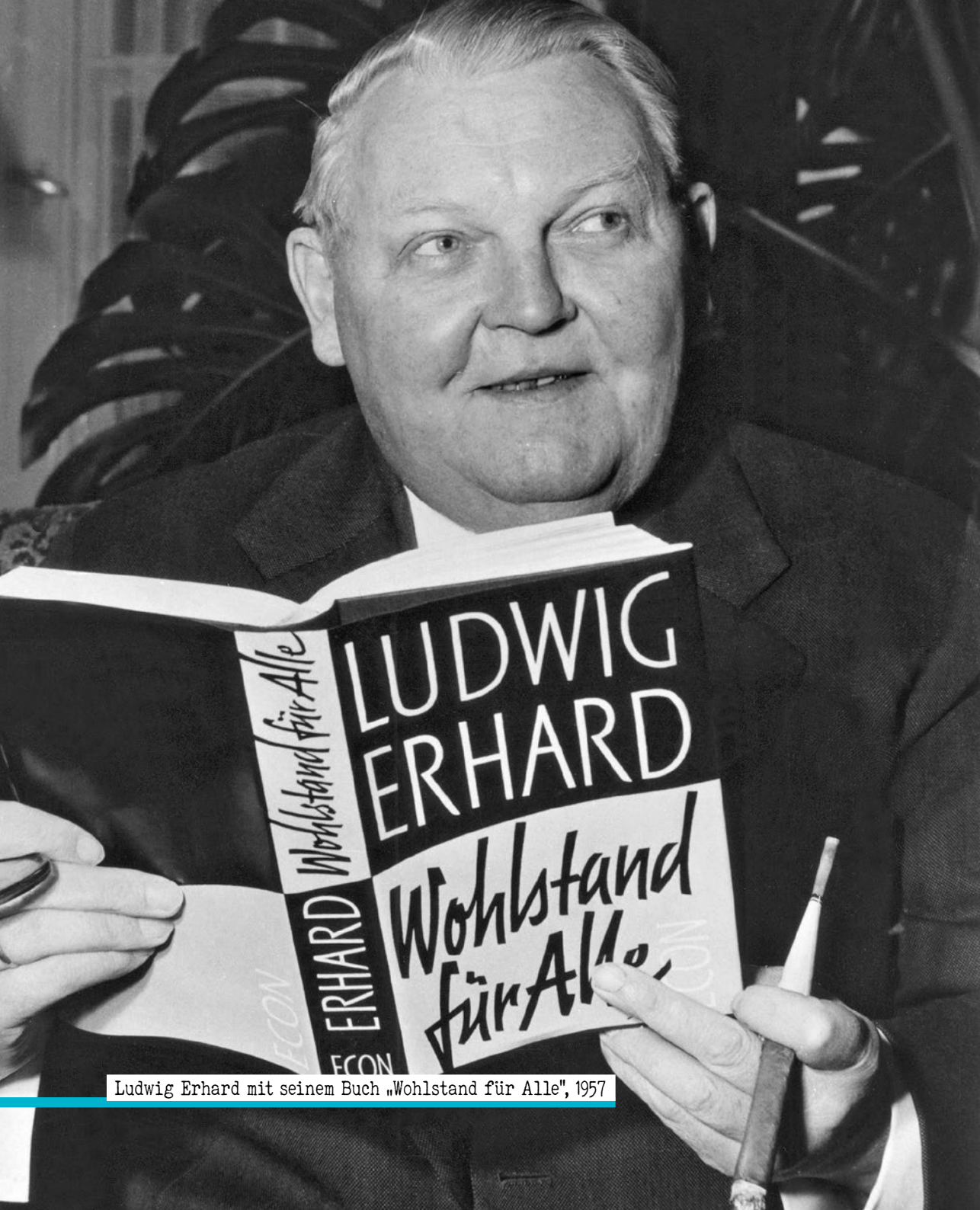
wirtschaftlichen Folgen des Koreakriegs darlegte. Ohne jede Absprache mit dem Bundeskanzler unterstrich er mit großer Schärfe und Entschiedenheit seinen Willen zu einer straffen Führung der Wirtschaftspolitik:

„Die Verantwortungen sind klar gezogen. Ich weiß genau, dass das deutsche Volk den Wirtschaftsminister für die Wirtschaftspolitik verantwortlich macht, und deshalb habe ich auch nicht die Absicht, etwas von dieser Verantwortung abzugeben. Ich will sie tragen.“

Noch während des Koreakriegs trat die von Erhard vorhergesagte Stabilisierung der deutschen Wirtschaft ein. Die Marktwirtschaft und ihr Minister überstanden ihre schwerste Bewährungsprobe. Die von deutschen Unternehmen produzierten Güter stießen international auf große Nachfrage. „Made in Germany“ wurde wieder zu einem internationalen Gütesiegel.

Ab 1952 stiegen 20 Jahre lang Bruttosozialprodukt, Real-löhne und Industrieproduktion viel stärker als bei den westeuropäischen Nachbarn. Bald war vom „deutschen Wirtschaftswunder“ die Rede. Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung festigte das Vertrauen in die Demokratie.

Erhard galt in der Bevölkerung bald als Vater des „Wirtschaftswunders“. Er wurde mit seiner rauchenden Zigarre zur Symbolfigur dieses sensationellen Aufschwungs. Mit seiner zunehmend rundlichen, wohlgenährten Erscheinung verkörperte Erhard den wachsenden Wohlstand viel eher als der hagere Adenauer. Diese Rolle Erhards kam



Ludwig Erhard mit seinem Buch „Wohlstand für Alle“, 1957

* 1957 Erhards Buch
„Wohlstand für Alle“
erscheint

auch in seinem 1957 erschienenen Buch „Wohlstand für Alle“ zum Ausdruck, das der Redakteur des Handelsblattes, Wolfram Langer, unter Erhards Namen geschrieben hatte.

Erhard selbst schätzte den Begriff „Wirtschaftswunder“ nicht. Er sah im rasanten wirtschaftlichen Aufschwung vielmehr die logische Folge seiner liberalen Wirtschaftspolitik. Früh erkannte er auch die Gefahren für die weitere Entwicklung. In „Maßhalte-Appellen“ warnte er vor übermäßigem Konsum, ausufernden Lohnsteigerungen und zu stark wachsenden Sozialleistungen. Auch Lohnzusatzkosten und Steuerbelastung sollten nach Erhards Auffassung nicht zu stark ansteigen. Erhard versprach „Wohlstand für Alle“ und hielt – zumindest für die meisten – sein Versprechen.

Die 1950er- und beginnenden 1960er-Jahre gelten als gute Zeit. Mit Optimismus und Tatendrang packten die Menschen den gemeinsamen Wiederaufbau an. Die meisten blickten nach vorne und selten zurück. Die düstere NS-Vergangenheit wurde vielfach verdrängt. Schlüsselfiguren waren Millionen leistungswillige, gut qualifizierte Arbeiter und Angestellte und tatkräftige Unternehmerpersönlichkeiten. Ab 1956/1957 herrschte Vollbeschäftigung. In Deutschland begann man, ausländische Arbeitskräfte, die „Gastarbeiter“, anzuwerben.

Trotz dieser positiven Entwicklungen musste Erhard als Bundeswirtschaftsminister an vielen Fronten seine Wirtschaftspolitik verteidigen. Nicht nur die SPD bekämpfte Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik. Es fehlte ihm auch an Rückhalt im Regierungslager. Adenauer nahm ihn 1955 auch nicht zu seinem vielbeachteten Moskau-Besuch mit, obwohl Erhard ausdrücklich darum gebeten hatte. Er sollte sich – so Adenauer – stattdessen mehr um sein eigenes Ministerium kümmern und dort für Ordnung sorgen.

Adenauer hielt wenig von ordnungspolitischen Prinzipien. Er setzte vielmehr auf politische „Deals“. Adenauer gewährte den Gewerkschaften die Mitbestimmung im Montanbereich, von der wiederum Erhard wenig hielt, im Gegenzug zu deren Zustimmung zur Wiederbewaffnung. Auch Erhards Kartellgesetz wurde verwässert im Gegenzug zur Zustimmung der Unternehmer zur Rentenreform, die die Lohnzusatzkosten stark steigen ließ. Erhard konnte sich oft nicht durchsetzen.

Seinen Misserfolg beim Kartellgesetz empfand Erhard als besonders schmerzlich. Er hatte diesem Gesetzesvorhaben höchste Priorität eingeräumt und musste über Jahre gegen heftige Widerstände aus der Industrie kämpfen. Die Vertreter der Wirtschaft hatten sogar argumentiert, Kartelle würden kleine und mittlere Unternehmen schützen und seien notwendig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu verbessern. Sie lehnten die staatliche Regulierung von Kartellen rundum ab.

Der Gesetzentwurf, der nach vielen Jahren schließlich am 3. Juli 1957 vom Bundestag verabschiedet wurde, enttäuschte Erhard bitter. Vom generellen Kartellverbot wurden so viele Ausnahmen zugelassen, dass das Gesetz längst nicht so wirkungsvoll war, wie Erhard sich das erhofft hatte.

Erhard und Adenauer

„Ein funktionsfähiger Leistungswettbewerb, bei dem nicht das Faustrecht des Stärkeren, sondern die bessere ökonomische Leistungsfähigkeit entscheidet, muss deshalb auch in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung durch staatliche Autorität gesichert werden, denn die Marktwirtschaft ist nur insoweit politisch, sozial, moralisch und wirtschaftlich zu vertreten, als sie eine wirkliche Wettbewerbsordnung ist. Sie verliert ihre wirtschaftsordnende und freiheitssichernde Kraft, sofern und soweit der Wettbewerb ausgeschaltet wird.“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 1016f

— Mitte der 1950er-Jahre eskalierten die Konflikte zwischen Erhard und Adenauer, die sich schon 1950/1951 gezeigt hatten. Erhard begegnete gerade in den ersten Jahren ihrer Zusammenarbeit Adenauer mit einer Mischung aus Verehrung, Respekt und wohl auch etwas Furcht. Erhard litt jedoch darunter, wie oft ihn der alte Patriarch schriftlich oder mündlich abkanzelte, für eine Rede, für ein Interview oder für eine Werbekampagne. Erhard hatte sich in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen verschafft. Das trieb Adenauer oft zur Weißglut, weil es dem Bundeswirtschaftsminister ein Stück Unabhängigkeit und öffentliche Rückendeckung gab.

Erhard erkannte erst spät, dass Adenauer eine persönliche Abneigung gegen ihn hatte und ihm feindlich gesinnt war. Adenauer und Erhard waren grundverschiedene Persönlichkeiten. Adenauer war ein strenger Asket, der machtbewusst auf die klare Anerkennung seiner hierarchischen Position als Bundeskanzler pochte. Er widmete sich pflichtbewusst dem genauen Aktenstudium. Während Adenauer üppige Mahlzeiten ebenso mied wie übermäßigen Alkoholkonsum, sprach Erhard bekanntlich beidem gerne zu.

Erhard schätzte gutes Essen und reichlich Bier. Er mochte Süßes und trank am Abend „zur Verdauung“ gern einen Whiskey. Erhard war ein häuslicher Mensch. So oft er konnte, blieb er abends zu Hause und spielte mit seiner Frau Luise Karten oder hörte klassische Musik, besonders gern Mozartopern. Mittags ging Erhard vom Ministerium



Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (links) im Gespräch
mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, 1960

häufig nach Haus, um mit seiner Frau ausgiebig zu essen und anschließend ein Nickerchen zu machen, bevor er ins Büro zurückkehrte.

Erhard rauchte leidenschaftlich dicke Zigarren. Er war ein Fußballfan, er interessierte sich aber auch für moderne Architektur und für Kunst. Da Erhard sich immer vorrangig den großen Themen sowie theoretischen und philosophischen Fragestellungen widmete, kümmerte er sich in seinem Ministerium nicht um die Details der alltäglichen Probleme des Regierens.

Adenauer war dieser Mann und seine Arbeits- und Lebensweise ein Gräuel. Schon 1951 hatte Adenauer einmal bissig und kritisch an Erhard geschrieben: „Ihr ganzes Verhalten ist unmöglich. Ich muss Ihnen mein ernstes Befremden aussprechen.“ Er wies schon damals Erhard an, sein Wirtschaftsministerium neu zu organisieren, mehr Zeit in seine Aufgaben als Minister zu investieren und sich in seinen Reden stärker zurückzuhalten.

Diese Konflikte eskalierten Mitte der 1950er-Jahre zusehends. Adenauer hasste Erhards lange Monologe zu Wirtschaftsthemen. Er mochte Erhards zum Teil lässige Kleidung nicht und missbilligte den Zigarrenrauch, mit dem sich Erhard gern umhüllte.

Die Gegensätze zwischen den beiden Männern konnten also nicht größer sein. Hier der Kanzler, der sich um jedes Detail kümmerte und alle, die für ihn arbeiteten unter Kontrolle halten wollte. Dort Erhard als populärer Anwalt wirtschaftspolitischer Grundsätze, der allerdings die ministerielle Alltagsarbeit großzügig delegierte.

Erhard, der lange Zeit unter den Brüskierungen Adenauers gelitten hatte, holte im April 1956 zu einer Generalabrechnung mit Adenauer aus.

Der Berliner Historiker Daniel Koerfer hat in seinem 1987 erschienenen grundlegenden Werk „Kampf ums Kanzleramt – Erhard und Adenauer“ viele Briefe zwischen Erhard und Adenauer erstmals in sehr weiten Teilen zeitgeschichtlich interessierten Lesern zugänglich gemacht. In einem dieser Briefe schrieb Erhard:

„Ich habe es oft als bitter, ungerecht und kränkend empfunden, wenn Sie in Kabinettsitzungen oder bei anderer Gelegenheit die von mir vertretene Wirtschaftspolitik herabzuwürdigen oder doch hinsichtlich ihrer Konsequenz in Zweifel zu ziehen versuchten. Selbst wenn ich dabei in Rechnung stelle, dass Sie nicht als Sachverständiger zu urteilen vermögen und deshalb Ihre Kritik nur im Gefühlsmäßigen wurzelt, bleibt doch der bittere Nachgeschmack, dass Sie gerade die Arbeit jenes Ministers in Zweifel ziehen, der Ihnen wohl mehr als jeder andere in sechs Jahren treuer menschlicher Verbundenheit den Boden für Ihre Regierungspolitik bereitet hat.“

Anschließend erläutert Erhard dem Kanzler kurz und knapp die Grundzüge seiner Wirtschaftspolitik:

„Für die Wirtschaftspolitik gibt es kein allgemein gültiges Rezeptbuch noch einen Fahrplan, nach dem sich der Gang der Ereignisse bestimmen ließe. Ausgehend von einem festen Ordnungssystem, das wir freie und soziale Marktwirtschaft nennen, herrscht je nach den ökonomischen Gegebenheiten in Bezug auf Auswahl und Kombination der wirtschaftspolitischen Mittel eine große Freizügigkeit des Gestaltens vor. Starr und unbeugsam stehe ich nur solchen Forderungen gegenüber, die das Ordnungssystem im ganzen zerstören würden, während ich mich bemühe, in der täglichen Wirtschaftspolitik so frei und wendig als möglich zu sein. Gerade dieses Verhalten aber fassen Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, wie ich glaube, häufig als Inkonsequenz oder als eine Art Unsicherheit auf. (...) Sie mögen es mir auch nicht übelnehmen, wenn ich Ihnen sage, dass jedes wirtschaftspolitische Gespräch, das wir im Gesamt-Kabinett führen, nach meinem Gefühl unbefriedigend verläuft, weil einmal zu wenig Kollegen sachverständig zu urteilen vermögen und Sie selbst nicht die Geduld aufbringen, ein Ihrer Auffassung entgegengesetztes sachliches Urteil ruhig anzuhören.“

Kühl und knapp, aber sicher auch verärgert wies Adenauer seinen Wirtschaftsminister in die Schranken:

„Sie schlagen in Ihrem Brief zuweilen einen Ton an, den ich nicht mehr von Ihnen angeschlagen sehen möchte.“



Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (links)
im Gespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer (rechts), 1961

Die wiederholten Vorwürfe, dass ich von der Wirtschaftspolitik nichts verstünde, dass viele meiner Aussetzungen als sachlich unberechtigt und in der Form verletzend seien und dass ich die menschliche Natur nicht überfordern möge, gehen doch wirklich sehr weit.“

Spätestens seit diesem Briefwechsel war das Tisch-tuch zwischen Erhard und Adenauer zerschnitten. Das Arbeitsklima zwischen beiden war nachhaltig vergiftet. Versuche, zu einer dauerhaften Versöhnung zu gelangen, scheiterten.

Erhard konnte zwar bei zahlreichen Themen wie in Sachen Währungskonvertibilität, Kohlesteuer oder beim Elysée-Vertrag seine Arbeit erfolgreich vorantreiben, aber ohne wesentliche Unterstützung durch Adenauer. Bei der Europapolitik traten zwischen beiden tiefe Differenzen auf. Während der Kanzler zunehmend auf eine enge Partnerschaft mit dem Frankreich de Gaulles setzte, forderte Erhard energisch eine Erweiterung der atlantischen Zusammenarbeit und eine Öffnung der EWG für Großbritannien.

Adenauer verfolgte als entschiedener Verfechter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Europapolitik der kleinen Schritte. Für ihn war die Europapolitik vor allem ein Mittel, um die Bundesrepublik fest im Kreis der westlichen Demokratien zu verankern. Dagegen plädierte Erhard für eine Ausweitung der europäischen Freihandelszone und für den weltweiten Abbau von Zollschränken.

Kanzlernachfolge

„Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie Feuer und Wasser.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 247

* 1957: Im 3. Kabinett
Adenauer wird
Erhard Vizekanzler
und wieder Wirt-
schaftsminister

— Erhard ging schon länger davon aus, dass ihm als herausragendem zweiten Mann der Union zwangsläufig die Kanzlernachfolge zufalle. Adenauer aber wollte unter allen Umständen verhindern, dass Erhard, den er für dieses Amt als völlig ungeeignet ansah, Kanzler wurde.

Als „Wahlkampflokomotive“ hatte Ludwig Erhard einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Bundestagswahl vom 15. September 1957 von der CDU/CSU mit der absoluten Mehrheit der Stimmen und Mandate gewonnen wurde. Erhard konnte seine Ernennung zum Vizekanzler durchsetzen. Zwar verfügte das Amt des stellvertretenden Kanzlers nicht über eine besondere Machtausstattung, die gestalterische Handlungsspielräume hätte eröffnen können, trotzdem wurde das neue Amt des Vizekanzlers von Erhards Getreuen, insbesondere aus dem Kreis der „Brigade-Erhard“ nachdrücklich als Präjudiz für die Kanzlernachfolge dargestellt.

Adenauer aber stemmte sich mit ganzer Kraft gegen einen Kanzlerkandidaten Erhard und begann einen erbitterten Erbfolgekrieg.

Ein erstes Kapitel hierzu war die Nachfolgelösung für Bundespräsident Theodor Heuss, der im Herbst 1959 seine zweite Amtszeit beendete. Viele wünschten sich Adenauer, da sie meinten, für den 83 Jahre alten Kanzler sei es nun an der Zeit, sein Amt abzugeben und als Abrundung seiner Karriere das Präsidentenamt zu übernehmen. Adenauer sah dafür aber keinen Grund. Er fühlte sich

gesundheitlich und in seinem Tatendrang auf der Höhe der Zeit. Außerdem wollte er Erhard nicht das Feld als seinem Nachfolger überlassen.

Von Innenminister Gerhard Schröder auf den Gedanken gebracht, nominierte Adenauer vielmehr nach einem von beiden sehr unterschiedlich dargestellten Telefonat am 4. Februar 1959 seinen Widersacher Erhard für das Amt des Bundespräsidenten. Erhard hätte dieses Amt zwar die Chance gegeben, sich von den aufreibenden politischen Streitigkeiten zurückzuziehen, in dieser herausgehobenen Position seine Unabhängigkeit zu wahren und für seine Ideen zu werben. Da Erhard aber dadurch den direkten Einfluss auf die deutsche Wirtschaftspolitik verloren hätte und er das „Spiel“ Adenauers durchschaute, zog er am 3. März 1959 seine Nominierung zurück.

Bei der Suche nach Alternativen nominierte Adenauer nun sich selbst. Er hatte wohl gehofft, als Bundespräsident die Politik ebenso unter seiner Kontrolle halten zu können, wie es de Gaulle als Präsident der fünften Republik beherrschte.

Da sich Adenauer bei genauerer Überlegung darüber klar wurde, dass dieser Plan nicht aufgehen konnte, zog er nach zwei Monaten Bedenkzeit am 5. Juni 1959 seine Kandidatur zurück. Nach diesem Durcheinander von Nominierungen wurde schließlich Heinrich Lübke, der bisherige Landwirtschaftsminister, zum Bundespräsidenten berufen.

Die Frage der Adenauernachfolge wurde wieder im Zusammenhang mit der Bundestagswahl im September 1961 aktuell. Erhard erwies sich wieder als „Wahlkampflokomotive“ und trat bei mehr als 180 Veranstaltungen auf. In die heißeste Phase des Wahlkampfs fiel der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Während Erhard den Berlinern seine Solidarität ausdrückte, griff Adenauer den damaligen Bürgermeister von West-Berlin und SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt mehrmals persönlich schroff an. Bei vielen Wählern hinterließen die ungehobelten Worte Adenauers gerade in der angespannten Phase des Mauerbaus einen negativen Eindruck.

Die CDU/CSU gewann zwar die Bundestagswahl, verlor aber ihre absolute Mehrheit. Die CDU/CSU erhielt 45,4 Prozent der Wählerstimmen, die FDP 12,8 Prozent. So wurde eine Koalition mit der FDP notwendig. Mit Hilfe der FDP unter Erich Mende hätte Erhard wohl erfolgreich auf seine Kanzlerschaft drängen können. Er zögerte jedoch noch immer. Er und der andere potenzielle CDU-Kanzlerkandidat Eugen Gerstenmaier lehnten beide ab, gegen Adenauer anzutreten. Sie wollten wohl erbitterte parteiinterne Kämpfe vermeiden.

Adenauer ergriff seine Chance, um weiterzumachen. Im Rahmen der Koalitionsgespräche mit der FDP musste Adenauer jedoch einwilligen, sein Kanzleramt zur Hälfte der Legislaturperiode abzugeben.

Es überraschte nicht, dass nunmehr in CDU und CSU hinter den Kulissen, aber auch häufig in der Öffentlichkeit, ein langer und hässlicher Streit um die Adenauernachfolge entbrannte. Neben Erhard meldeten Gerhard Schröder, seit 1961 Außenminister, der forsche CSU-Mann Franz Josef Strauß und der junge CDU-Politiker Rainer Barzel ihre Ambitionen auf das Amt des Bundeskanzlers an. Adenauer tat sein Bestes, Erhard sowohl in Parteikreisen als auch in der Öffentlichkeit zu demontieren. Erhard indes verfolgte unverdrossen seine politischen Ziele. Adenauer unterlag in seinem Kampf gegen Erhard: Am 22. April 1963 nominierte die Partei Erhard offiziell zum Kanzlerkandidaten.

Adenauer verzögerte zwar noch die Amtsübergabe. Am 15. Oktober 1963 musste er aber zurücktreten. Am 16. Oktober 1963 wählte der Deutsche Bundestag Erhard zum zweiten deutschen Bundeskanzler. Nicht einmal Erhard selbst hatte so etwas erwartet, als er 1948/1949 in die Bundespolitik eingetreten war.



Im Palais Schaumburg übergibt Bundeskanzler Konrad Adenauer (rechts) die Regierungsgeschäfte an seinen Nachfolger Ludwig Erhard (links), 17. Oktober 1963

Bundeskanzler

„Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: ‚Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin!. Der Ruf dürfte nicht lauten: ‚Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir!, sondern umgekehrt: ‚Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin!.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 252

— Die Bundesrepublik Deutschland hatte nach 14 Jahren Kanzlerschaft Adenauers ihren zweiten Bundeskanzler. Ludwig Erhard erreichte das höchste Amt, das für ihn aber nicht sonderlich glanzvoll ausfallen würde.

Einen Tag nach seiner Wahl stellte Erhard dem Bundestag sein Kabinett vor, das sich kaum vom Vorgängerkabinett unterschied. Wirtschaftsminister wurde der CDU-Mittelstandspolitiker und bisherige stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kurt Schmücker. Die wichtigste Veränderung im neuen Kabinett war der Wechsel im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, das von Rainer Barzel auf den FDP-Vorsitzenden Erich Mende überging, der zugleich Vizekanzler wurde.

* 1963: Erhard kündigt
eine Politik der
Mitte und der
Verständigung an

Am 18. Oktober 1963 gab Ludwig Erhard seine Regierungserklärung ab. „Meine Politik ist eine Politik der Mitte und der Verständigung“, betonte Erhard eingangs. Im Gegensatz zu den nüchternen, fast trockenen Regierungserklärungen Adenauers scheute Erhard keineswegs das Pathos einer großen Grundsatzrede. Oft von Beifall – auch der Opposition – unterbrochen, gab Erhards Regierungserklärung der neuen Bundesregierung eine gute Grundlage.

Im Vordergrund der ersten Monate der Kanzlerschaft Erhards standen, anders als viele Beobachter erwartet hatten, außenpolitische Aktivitäten und Äußerungen. Erhard machte seine erste Auslandsreise als Kanzler nach Paris zu einem Antrittsbesuch bei Präsident Charles de Gaulle,



Bundeskanzler Ludwig Erhard zu Besuch in Houston, Texas:
US-Präsident Lyndon B. Johnson (links) mit Ludwig Erhard (rechts),
der als Geschenk einen Texashut trägt, 1963

wenige Tage später nach Washington zur Beisetzung John F. Kennedys. Im Dezember 1963 traf er Präsident Lyndon B. Johnson auf dessen Ranch in Texas. Es folgten Besuche in Großbritannien, Italien, den Niederlanden und in Belgien, dort als erster deutscher Regierungschef seit dem Ersten Weltkrieg. Bis März 1964 wurden Abkommen über Außenhandelsvertretungen mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschlossen.

In der Deutschlandpolitik gelang Erhard zusammen mit dem Gesamtdeutschen Minister Erich Mende und dem Westberliner Bürgermeister Willy Brandt ab dem 19. Dezember 1963 ein Passierscheinabkommen, das Westberlinern kurze Besuche im Ostteil der Stadt ermöglichte. Insgesamt waren es acht Passierscheinvereinbarungen, die von den Einwohnern des freien Berlins intensiv genutzt wurden.

Erhard glaubte, gestützt auf eine Handvoll loyaler Mitarbeiter und auf die breite Zustimmung der Bevölkerung, als eine Art überparteilicher Volkskanzler regieren zu können. Während Adenauer die Ministerien mit Hilfe des Kanzleramts streng beaufsichtigt hatte, billigte Erhard den Ministerien große Eigenverantwortung zu und mischte sich kaum ein. Viele waren in der Ära Adenauer eine Lenkung von oben durch eine starke Persönlichkeit gewohnt. Erhard setzte jedoch auf Nichteinmischung und auf Eigenverantwortung. Von Anfang an wurde ihm deshalb von Journalisten und Politikern Führungsschwäche vorgeworfen. Erhard strebte auch nicht den CDU-Parteivorsitz an.

Ein Fehler Erhards war es, gerade seinem Widersacher Adenauer den CDU-Parteivorsitz zu belassen.

Als Erhard Kanzler wurde, war der innerparteiliche Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“, wie die Kontrahenten vereinfacht genannt wurden, noch in vollem Gange. Konrad Adenauer sah im französischen Präsidenten Charles de Gaulle seinen wichtigsten Verbündeten. Während Erhards Kanzlerschaft kühlte das Verhältnis zu Frankreich merklich ab. Als überzeugter „Atlantiker“ setzte Erhard auf die Hegemonialmacht USA. Er und de Gaulle fanden keinen Draht zueinander, zumal der französische Präsident sich bei der Frage einer atomaren Teilhabe der Deutschen taub stellte.

De Gaulle wollte Frankreich zur beherrschenden Macht auf dem Kontinent machen, und das auf Kosten der Vereinigten Staaten. Von Erhard erwartete de Gaulle, sich zwischen den Vereinigten Staaten und einem Europa mit französischer Vormachtstellung zu entscheiden. Erhard widersetzte sich bei mehreren Treffen mit de Gaulle diesem Verlangen und beharrte weiter auf dem engen atlantischen Kontakt.

Erhards loyale Verteidigung der engen Beziehungen Westdeutschlands zu den Vereinigten Staaten wurde von Washington nicht mit Rückendeckung belohnt. Erhard traf den US-Präsidenten Lyndon B. Johnson in seiner Amtszeit fünfmal. Dieser forderte eine stärkere Unterstützung der Deutschen im Vietnamkrieg. Erhard dagegen war es wichtig, angesichts des „Tauwetters“ zwischen den

Vereinigten Staaten und der UdSSR das Ziel der deutschen Einheit nicht aus den Augen zu verlieren und gleichzeitig den atomaren Schutz der Bundesrepublik durch die USA weiterhin sicherzustellen.

Am 28. und 29. Dezember 1963 lud Johnson Erhard auf seine Ranch in Texas ein und bewirtete ihn mit typischer texanischer Gastfreundschaft. Allerdings sprach Johnson bei diesem und bei späteren Treffen die Erwartung aus, dass die Westdeutschen ihre Ausgleichsverpflichtungen nach dem sogenannten „Offset-Abkommen“ einhielten und dass sie ihren Beitrag zur europäischen Verteidigung steigerten.

1961 hatten die Westdeutschen im „Offset-Abkommen“ eingewilligt, zum Ausgleich für das Geld, das die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte ausgaben, Waffen und andere militärische Ausrüstung in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Johnson, der wegen des Vietnam-Kriegs selbst stark unter Druck stand, verschärfte bei späteren Treffen mit Erhard seine Forderungen. Er drängte nicht nur auf volle und pünktliche Offset-Zahlungen, sondern auch auf ein westdeutsches Feldlazarett für Vietnam.

Der amerikanische Präsident, den Erhard als guten Freund angesehen hatte, tat absolut nichts, um Erhard zu helfen. Bei weiteren Treffen blieb er hart und übte sogar groben Druck auf Erhard aus. Johnson war offenbar durchaus bereit, einen seiner loyalsten Anhänger vor dem Hintergrund seines außer Kontrolle geratenen Krieges in Vietnam aufzugeben.

Bei einem anderen Thema, dem Verhältnis zu Israel, zeigte Erhard Mut und Konsequenz. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 war ein bedeutender Schritt zur Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Es war jedoch von vornherein klar, dass im Gegenzug arabische Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abbrechen und die DDR diplomatisch anerkennen würden. Dennoch entschied sich Erhard auf der Basis seiner Richtlinienkompetenz für den Botschafteraustausch mit Israel. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen einiger arabischer Staaten zur Bundesrepublik erwies sich nicht als tragisch und wurde im Laufe einer relativ kurzen Zeit wieder rückgängig gemacht.

Erhard hatte sich auf Vorschlag von Karl Hohmann, dem Leiter des Kanzlerbüros, im Herbst 1964 einen Beraterstab geschaffen. Dieser sogenannte „Sonderkreis“ bestand aus unabhängigen, weder der Administration noch der Partei verpflichteten Persönlichkeiten sowie aus Beamten des Kanzleramts. Aus diesem Kreis schlug Rüdiger Altmann, der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, vor, die Vorstellungen Erhards für ein neues gesellschaftliches Leitbild unter der Formel „Formierte Gesellschaft“ zusammenzufassen. Am 31. März 1965 stellte Erhard der staunenden Öffentlichkeit, insbesondere der völlig überraschten CDU auf ihrem 13. Parteitag in Düsseldorf seine Vision eines gesellschaftlichen Leitbilds vor.



Ludwig Erhard (links) wird auf der Terrasse vom Elysee-Palast mit seiner Delegation von Staatspräsident Charles de Gaulle (rechts) empfangen, 1966

Die Kernsätze aus Erhards Parteitagsrede lauteten:

„Formierte Gesellschaft‘ heißt, dass diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern dass sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, dass sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht. Diese Gesellschaft, deren Ansätze im System der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ bereits erkennbar sind, formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit.“

Erhards Charisma und seine Autorität innerhalb der CDU reichten aber nicht mehr aus, um die entscheidenden CDU-Politiker hinter sich und den mit seinem Namen verbundenen programmatischen Neuanfang der „Formierten Gesellschaft“ zu bringen. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl im September 1965, der bald begann, spielte Erhards „Formierte Gesellschaft“ dann auch so gut wie keine Rolle.

Die Bundestagswahl 1965 war die erste, die Bundeskanzler Erhard nach zweijähriger Amtszeit in eigener Verantwortung bestehen musste. Die politische Bilanz der beiden Regierungsjahre Erhards konnte den hohen Erwartungen, die die Wähler in ihn gesetzt hatten, nicht voll entsprechen. Trotzdem war der persönliche Kredit Ludwig Erhards bei den Bürgern noch sehr hoch.

Erhard stürzte sich wie gewohnt in den Wahlkampf. Er reiste vor allem mit dem Zug durch das ganze Land und trat auf über 300 Veranstaltungen auf. Einmal verlor Erhard seine Kontrolle. Auf Kritik des Dramatikers Rolf Hochhuth und des Schriftstellers Günter Grass, die den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt unterstützten und Erhard angriffen, reagierte er dünnhäutig: „Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an.“ Dieser polemische Ausrutscher blieb in Bezug auf das Verhältnis von Macht zu Geist negativ an Erhard hängen, obwohl Erhard durchaus den Dialog der Politik mit der Wissenschaft, den Künsten und der Publizistik pflegte.

Es gab im Bundestagswahlkampf noch andere Misstöne. Sein Widersacher Adenauer, der mittlerweile ein distanziertes Verhältnis zur FDP hatte, und andere Meinungsführer sprachen ganz offen über die Möglichkeit, mit der SPD eine große Koalition zu bilden, die Erhard strikt ablehnte. Loyalität zum Spitzenkandidaten sieht anders aus.

Trotz dieser Knüppel, die Erhard in den Weg gelegt wurden, wählten am 19. September 1965 47,6 Prozent der Wähler die CDU/CSU, 39,3 Prozent die SPD und nur noch 9,5 Prozent die FDP. Das Wahlergebnis war ein enormer persönlicher Triumph für Erhard. Er hatte aus eigener Kraft gesiegt und nicht im Schatten von Adenauer. Er hatte die absolute Mehrheit nur knapp verpasst.

Kanzlersturz

„Der Unternehmer, der bereit ist, Gewinne zu machen, muss selbstverständlich auch den Mut haben, Verluste hinzunehmen – dafür ist er Unternehmer!“

Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, S. 329

— Es war vor allem das Loyalitätsdefizit in den eigenen Reihen der CDU/CSU, das 1965 möglicherweise die absolute Mehrheit verhinderte und im darauffolgenden Jahr den Sturz Erhards einleitete. Das Mindestmaß an Loyalität, ohne das erfolgreiche Politik auf Dauer nicht möglich ist, wurde nicht von Erhard verletzt, sondern von einigen, die entweder wie Adenauer keine politische Zukunft mehr hatten oder die sich diese Zukunft auf Kosten des Bundeskanzlers erkaufen wollten.

Bereits die Bildung des neuen Kabinetts erwies sich als schwieriger, als Erhard angenommen hatte. CSU und FDP lagen sich in den Haaren, gegen eine Wiederberufung Gerhard Schröders ins Auswärtige Amt wurde gearbeitet, und die Verfechter einer großen Koalition in CDU und CSU suchten gute Startpositionen für die unbeirrt weiter angesteuerte Wende. Erhard hatte zwar die Wahl gewonnen, aber seinen Vorteil in dem zähen Ringen um die Zusammensetzung der Koalitionsregierung verspielt. Seine politischen Widersacher pirschten sich an ihn heran.

Erhard musste innenpolitisch vor allem die Haushaltsprobleme des Landes in den Griff bekommen und außenpolitisch positive Ergebnisse im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten erreichen, um die Fürsprecher einer großen Koalition zum Schweigen zu bringen.

Bei seinen Besuchen in Washington im Dezember 1965 und im September 1966 ließ ihn der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson jedoch auflaufen, erhöhte den Druck auf Erhard nochmals und stellte ihn damit bloß.

Erhard konnte am 25. März 1966 mit der „Friedensnote“ noch einen diplomatischen Erfolg erzielen. Die „Friedensnote“ bot den Ostblockstaaten Verhandlungen über einen Gewaltverzicht an. Da sie die von Bonn nicht anerkannte DDR ausklammerte, wiesen die Ostblockstaaten aber dieses Angebot zurück. Dennoch handelte es sich um einen wichtigen Vorboten der späteren Entspannungspolitik.

Mit den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, die am 10. Juli 1966 anstanden, zogen schwarze Wolken für Erhard auf. Die Wahlen wurden als Prüfstein für Erhards politische Stärke angesehen. Erhard nahm die Herausforderung an und kämpfte eifrig in dem größten Bundesland. Die SPD erhielt 49,5 Prozent der Wählerstimmen, die CDU nur 42,8 Prozent.

Erhard hatte seinen Nimbus verloren, er könne Wahlen gewinnen. Die Niederlage in Nordrhein-Westfalen setzte den Prozess in Gang, der mit Erhards Rücktritt endete. Zwar übernahm Erhard jetzt doch noch am 23. März 1966 von Adenauer das Amt des CDU-Parteivorsitzenden. Das half ihm aber nicht mehr, genügend Unterstützer zu mobilisieren.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1965 schwächte sich die Konjunktur in der Bundesrepublik ab. Das Wachstum ging 1966 weiter zurück. Hinzu kam die Krise im Bergbau. Im Ruhrgebiet wurden Zechen stillgelegt, da die Zeit der Kohle als wichtigster Energielieferant vorbei war. Unterstützt von einem bundesweiten Warnstreik gingen die Bergarbeiter auf die Straßen.

Eine Krisenstimmung, die durch die ökonomischen Tatsachen nicht gedeckt war, breitete sich aus. Politiker und Journalisten schürten irrationale Ängste vor einer Wiederholung der Katastrophen der zwanziger und dreißiger Jahre, obwohl es sich nach heutigen Maßstäben um keine Wirtschaftskrise, sondern nur um eine normale, zyklisch bedingte Abschwächung der Konjunktur handelte.

Im Oktober 1966 diskutierte das Kabinett die Haushaltsvorlage für 1967 und die Frage des Ausgleichs des Bundeshaushalts. Erhard schlug eine Kürzung der Ausgaben und eine Anhebung der Steuern vor. Die FDP widersetzte sich einer Steuererhöhung und verließ am 27. Oktober das Kabinett.

Noch vier Wochen regierte Erhard mit einem CDU/CSU-Minderheitskabinett schlecht und recht weiter. Nach emsigen Machenschaften hinter den Kulissen forderten CDU und CSU gemeinsam Erhard am 2. November 1966 zum Rücktritt auf. Erhard musste sich diesem Druck beugen. Er trat offiziell am 1. Dezember 1966 zurück und machte für Kurt Georg Kiesinger, dem bisherigen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, seinen Platz als Bundeskanzler frei. Die Schlussätze seiner Abschiedsansprache in Hörfunk und Fernsehen am 30. November lauteten: „Meine Liebe und meine Kraft werden immer dem ganzen deutschen Volk gehören. Gott schütze unser Vaterland.“

* 1. Dezember 1966:
Erhard tritt als
Bundeskanzler
zurück



Ludwig Erhard verlässt nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler
das Palais Schaumburg in Bonn, 1. Dezember 1966

Nicht Erhards langjähriger Gegner, die SPD, sondern die FDP und seine eigene Partei hatten Erhards Sturz verursacht. Die mangelnde Loyalität seiner „politischen Freunde“ zeigte sich auch im Ausruf Adenauers nach dem Sturz Erhards: „Hauptsache, et is einer wech.“

Erhards letzte Jahre

„Der Begriff ‚Soziale Marktwirtschaft‘ hat heute, und nicht einmal nur in Deutschland, Allgemeingültigkeit erlangt. Selbst die Gegner meiner Wirtschaftspolitik versperren sich dieser Formulierung nicht mehr. Eine Wirtschaftspolitik darf sich aber nur dann sozial nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität dem Verbraucher schlechthin zugutekommen lässt. Das vorzüglichste Mittel, dieses Ziel innerhalb einer freien Gesellschaftsordnung zu erreichen, ist und bleibt der Wettbewerb; er ist der tragende Pfeiler dieses Systems.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 159

— Unmittelbar nach seinem Rücktritt zog sich Erhard für einige Wochen aus der Öffentlichkeit zurück und reiste an den Tegernsee. Danach stand der Auszug aus dem Bonner Kanzler-Bungalow an. Erhard und seine Frau Luise fanden nahe dem Bundestag eine neue Bleibe in der Johanniterstraße 8, dem früheren Haus des Botschafters von Uruguay. Das Erdgeschoss nutzte der Altbundeskanzler als Arbeitszimmer und Büroräume für zwei Sekretärinnen und einen persönlichen Referenten. Auch Erhards langjähriger Fahrer stand zur Verfügung.

Seinen 70. Geburtstag am 4. Februar 1967 verbrachte Erhard in seinem Haus auf dem Ackerberg am Tegernsee, um einer persönlichen Gratulationscour in Bonn zu entgehen. Eine lange Schlange von Gratulanten strömte trotzdem an den Tegernsee: der Bundeskanzler, der Bundestagspräsident, das Parteipräsidium, der Fraktionsvorstand und viele andere.

* April 1967: Konrad Adenauer stirbt

Im April 1967 starb Konrad Adenauer. Erhard erwies ihm die letzte Ehre. Es heißt, man sah ihn weinen.

Am 24. Mai 1967 gab Erhard den Vorsitz der Christlich Demokratischen Union Deutschlands an Kurt Georg Kiesinger ab. Erhard wurde zum Ehrenvorsitzenden der CDU gewählt.

* Oktober 1967: Erhard gründet die Ludwig-Erhard-Stiftung

Im Oktober 1967 gründete Erhard die unabhängige Ludwig-Erhard-Stiftung, um dem ordnungspolitischen Denken im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ein überparteiliches Forum zu verschaffen. Die Stiftung konnte

ihre Arbeit aber erst mehr als zehn Jahre später aufnehmen, als es Karl Hohmann, Erhards ehemaligem Pressechef und Vertrauten, schließlich gelang, genügend Mittel hierfür zu sammeln.

Erhard blieb zwar bis zu seinem Lebensende Bundestagsabgeordneter, beteiligte sich aber nicht mehr an der Ausschussarbeit und hielt erst im Mai 1971, viereinhalb Jahre nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler, seine erste Abgeordnetenrede. Später war er Alterspräsident des Bundestags.

Ämter interessierten Erhard nicht mehr. Als im Januar 1967 und erneut im Herbst 1968 die Überlegung aufkam, Erhard zum Nachfolger Lübkes als Bundespräsident zu nominieren, winkte er ab.

Erhard interessierte sich vielmehr wie bisher für die Verbreitung seiner Ideen zur Sozialen Marktwirtschaft. Er reiste viel, gab Interviews und verfasste Zeitungsbeiträge. Erhards Resonanz in der Öffentlichkeit nahm jedoch stark ab.

Sein 75. Geburtstag wurde mit 1500 erschienenen Gästen groß gefeiert. Gerhard Schröder, Alfred Müller-Armack und Karl Hohmann bereiteten hierfür eine umfangreiche Festschrift mit über 70 Beiträgen vor. Erhard genoss dieses Aufsehen um seine Person, obwohl er gesundheitlich schon beeinträchtigt war. Sein Kreislauf machte ihm zusehends zu schaffen.

* 9. Juli 1975: Erhards
Frau Luise stirbt

1970 starb Charles de Gaulle, 1973 Lyndon B. Johnson, mit denen Erhard in seiner Zeit als Bundeskanzler verhandelt hatte. Ein herber Verlust für Erhard war der Tod seiner Frau Luise im Sommer 1975. Beide waren 52 Jahre lang ein unzertrennliches Ehepaar.

* 5. Mai 1977: Erhard
erliegt in Bonn
einem Herzversagen

Nach seinem 80. Geburtstag, der ähnlich groß gefeiert wurde wie der 75. Geburtstag, trat Erhard das letzte Mal öffentlich am 9. März 1977 auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf auf. Bei der Rückfahrt fuhr sein Fahrer, der 1,3 Promille Alkohol im Blut hatte, auf ein anderes Fahrzeug auf. Erhard brach sich eine Rippe und einen Brustwirbel. Erhards Kreislaufstörungen verschlimmerten sich. Am 24. März musste er in Bonn ins Krankenhaus. Am 3. Mai verlor er das Bewusstsein, am 5. Mai 1977 setzte sein Herz aus.

Am 12. Mai wurde Ludwig Erhard im Rahmen eines Staatsbegräbnisses auf dem Bergfriedhof in Gmund am Tegernsee neben seiner Frau Luise beigesetzt. Am Grab spielte man das Lied vom guten Kameraden.



Beerdigung auf dem Bergfriedhof
von Gmund am Tegernsee, 12. Mai 1977

Ein beachtliches Lebenswerk ging zu Ende. Erhard hatte sich mit seinem Mut bei der Währungsreform 1948, als Bundeswirtschaftsminister mit seinem beharrlichen Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft und durchaus auch als Bundeskanzler für die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht. Erhard hat es verdient, seine Person und seine Leistungen in Erinnerung zu halten.



Soziale Marktwirtschaft heute

„Nach meiner Auffassung steckt die Welt voll unermesslicher Chancen, wenn wir sie nur zu nutzen verstehen würden. Der Segen ist kaum auszudenken, der aus einer freien weltwirtschaftlichen Politik erwachsen könnte.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 283

— Bereits nach Erhards Rücktritt als Bundeskanzler und noch mehr nach seinem Tod begann die Umformung der Sozialen Marktwirtschaft. Die Lehren des britischen Nationalökonomen John Maynard Keynes wurden zur wirtschaftspolitischen Richtschnur. Durch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme sollten Konjunkturabschwünge abgefedert werden. Der Sozialstaat wurde weiter ausgebaut.

Trotz kontinuierlicher Anhebung der Mehrwertsteuer geriet der Staat rasch an die Grenzen seiner finanziellen Belastbarkeit. Die Staatsverschuldung stieg schnell an. Inflation und Arbeitslosigkeit kehrten zurück. Ölkrisen zeigten die Abhängigkeit des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland von diesem Energieträger. An die Stelle des Fortschrittsoptimismus der Wirtschaftswunderjahre begannen Zukunftssorgen im Zeichen der „Grenzen des Wachstums“ zu treten.

Trotz vieler Herausforderungen und Probleme in der Umwelt-, der Energiepolitik und in anderen Bereichen ist die Bundesrepublik Deutschland heute im internationalen Maßstab ein sehr erfolgreicher und angesehener Wirtschaftsstandort. Beim Bruttoinlandsprodukt lag Deutschland 2018 hinter USA, China und Japan mit rund 4,2 Billionen US-Dollar weltweit an vierter Stelle.

Deutsche Produkte und Dienstleistungen sind weltweit sehr begehrt. Deutschland hat 2018 rund 300 Milliarden Dollar an Waren mehr exportiert als importiert.

2018 konnte Deutschland dadurch zum dritten Mal in Folge als „Exportweltmeister“ den weltweit größten Leistungsbilanz-Überschuss erzielen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nach wie vor ein Aushängeschild Deutschlands. Doch die heutigen Vorstellungen haben mit der Ursprungsvision Ludwig Erhards nur noch wenig gemeinsam. Erhard wurde nicht müde, vor einem stetig wachsenden Zugriff des Staates auf die Einkommen, vor steigenden Sozialausgaben und der damit von ihm befürchteten Entmündigung der Bürger zu warnen. Heute erwarten immer mehr Menschen vom Staat die Absicherung aller Lebensrisiken.

Als Erhard 1966 als Bundeskanzler zurücktrat, hat der deutsche Staat etwa 20 Prozent seines Etats für Soziales ausgegeben. Heute sind es mehr als 50 Prozent. Der relative Spielraum für andere wichtige Investitionen wie in Bildung, Infrastruktur oder Sicherheit wird dadurch immer kleiner.

Trotz eines insgesamt deutlich höheren Wohlstandsniveaus gibt es soziale Spannungen. Die Schere zwischen arm und reich wurde keineswegs kleiner, sondern im Gegenteil größer. Ludwig Erhards Botschaft der Freiheit und sein Lob der Eigeninitiative als Ausgangspunkt für ökonomischen Erfolg dringt nicht mehr zu allen durch.

Der demografische Wandel, die Globalisierung und die Digitalisierung stellen unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft heute vor völlig neue Herausforderungen.

Die immer schnelleren Wellen technologischer Innovationen haben eine wirtschaftliche Dynamik angestoßen, die noch vor einigen Jahren kaum vorstellbar war.

„Disruption“ ist das Wort der Stunde. Bestehende traditionelle Geschäftsmodelle, Produkte, Technologien oder Dienstleistungen werden von innovativen Erneuerungen abgelöst und teilweise vollständig verdrängt. Was machen diese Umbrüche mit der Sozialen Marktwirtschaft? Braucht die Industrie 4.0 eine Soziale Marktwirtschaft 4.0? Inwieweit gelten heute noch die Prinzipien von Erhards Sozialer Marktwirtschaft? Ist „Wohlstand für Alle“ im 21. Jahrhundert erreichbar?

Soziale Marktwirtschaft ist heute sicher kein starres Modell. Soziale Marktwirtschaft muss immer wieder neu gedacht werden. Sie ist aufs Ausbalancieren angelegt. Wirtschaftliche Vernunft und sozialer Ausgleich müssen unter ständig sich wandelnden Bedingungen austariert werden. Soziale Marktwirtschaft ist nur überlebensfähig, wenn sie an die sich wandelnden Rahmenbedingungen angepasst wird.

Viele Herausforderungen setzen Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit schon heute unter Druck. Strukturwandel in einer bisher nicht bekannten Intensität wird der Wirtschaft und Gesellschaft große Anpassungsleistungen abverlangen. Die Herausforderung, Wachstum mit der Verteilung von Chancen und Wohlstand in der Gesellschaft in einer Balance zu halten, wird unter diesen Bedingungen nicht kleiner, sondern größer.

Soziale Marktwirtschaft ist Leitprinzip für einen Staat, der nicht allein nur als Wächter über effiziente Märkte fungiert, sondern der immer wieder neu aufgefordert ist, die Grundlagen für einen auch global erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu legen. Nur dann kann die Soziale Marktwirtschaft gewährleisten, dass alle Menschen in Deutschland die Chance haben, an den gemeinsam erwirtschafteten Wohlstandszuwächsen teilzuhaben.

Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, sieht die Soziale Marktwirtschaft zwar mehr denn je als geeigneten Gesellschaftsvertrag an, um die riesigen Herausforderungen von Globalisierung und technologischem Wandel erfolgreich zu meistern. Nach Meinung Fratzschers funktionieren heute zu häufig weder die Marktwirtschaft noch der Sozialstaat. Das Ideal von Ludwig Erhard sei es gewesen, dass alle Menschen ihr Leben frei und in Eigenverantwortung gestalten können und dass sie mit eigener Hände Arbeit für sich und ihre Familie auskömmlich sorgen können.

Dieses Versprechen werde heute – so Fratzscher – für zu viele Menschen gebrochen. Die erforderliche Chancengleichheit gelte heute für zu wenige Menschen in Deutschland, deren Zukunft schon früh festgelegt wird und zu stark vom sozialen Status der Familie, vom Geschlecht oder der Herkunft bestimmt wird, und zu wenig von individuellen Talenten und Fähigkeiten. Die Politik sollte nach Auffassung Fratzschers der Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft hohe Priorität geben. Mehr Umverteilung

durch Steuern und Transfers würde die Soziale Marktwirtschaft nicht wieder reparieren können, denn kein noch so großer Sozialstaat könne je eine fehlende Chancengleichheit kompensieren.

Die Große Koalition müsse, betont Fratzscher, nun endlich ihre zweite Chance nach 2013 nutzen, um ihre Versprechen einzulösen und Europa zu reformieren, die Digitalisierung erfolgreich zu gestalten und die Qualität des Bildungssystems für alle nachhaltig zu verbessern. Zudem müssten die Rahmenbedingungen für öffentliche und private Investitionen verbessert werden. Schließlich müsse Deutschland auch innovativer werden und brauche dazu mehr junge Unternehmen und mehr Risikokapital.

Die Analyse des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass die heutige Soziale Marktwirtschaft zweifellos vor vielen wichtigen Herausforderungen steht. Hierzu drei Beispiele zu wichtigen Themen: den Freihandel, den Wettbewerb und die Sozialpolitik.

Erstes Beispiel: Ludwig Erhard trat als überzeugter „Atlantiker“ für den Freihandel im Rahmen eines freien und offenen Welthandels ein, der allen zugutekommen sollte. Der amerikanische Präsident Donald Trump betreibt hingegen derzeit mit seinem Motto „America First“ eine protektionistische Abschottungspolitik, die für den freien Welthandel erhebliche Probleme zur Folge hat und im Widerspruch zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft steht.

Ein zweites Beispiel: Erhard bezeichnete den Kampf gegen Kartelle als seine wichtigste Aufgabe. Heute stellen Internetgiganten aus dem Silicon Valley und aus China die Wettbewerbsbehörden vor neue und große Probleme. Egal ob Google, Apple, Facebook, Amazon oder in China Baidu, Alibaba oder Tencent: Die neue Plattform-Ökonomie führt international über gewaltige Netzwerkeffekte und neue Datenmonopole zu erheblichen Marktkonzentrationen und Wettbewerbsverzerrungen.

Das Bundeskartellamt versucht sein Möglichstes, auch wenn es so aussieht wie der Kampf David gegen Goliath. Seit Anfang 2019 geht das Bundeskartellamt zum Beispiel dagegen vor, dass Facebook über Millionen Websites persönliche Daten von Internetnutzern sammelt und zusammenfügt. Das Online Netzwerk soll künftig Daten seiner Dienste wie Instagram und WhatsApp oder von Websites anderer Anbieter nur noch mit dem Facebook-Konto des Nutzers verknüpfen dürfen, wenn dieser das ausdrücklich erlaubt hat. Ein sicher wichtiger Schritt der Kartellbehörde, allerdings bleibt offen, ob die gewünschte Wirkung wirklich erreicht wird.

Ein Wettbewerbsthema, das Anfang 2019 wieder an Aktualität gewann, ist die Industriepolitik. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron fordern Europa auf, künftig eine aktive europäische Industriepolitik zu betreiben, um mit den USA und China mithalten zu können.



Ludwig Erhard an seinem Schreibtisch, 1964

Aktive Industriepolitik war gerade in Deutschland lange verpönt. Das Credo im Sinne Ludwig Erhards lautete, der Staat solle günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen und sich ansonsten heraushalten.

Jetzt aber besteht die Gefahr, dass Europa ohne aktive Industriepolitik gegenüber USA und China bei wichtigen Schlüsselindustrien wie Künstliche Intelligenz, 3D-Druck oder Elektromobilität massiv ins Hintertreffen geraten kann. Industriepolitik ist nicht mehr das Tabu, das es jahrzehntelang war. Es ist eine gewaltige, noch nicht gelöste Aufgabe für die nächsten Jahre, einerseits dem internationalen Druck aus USA und China standzuhalten, ohne andererseits den Wettbewerb einzuschränken und neue Kartelle und Monopolisten zu befördern.

Das dritte Beispiel: die Sozialpolitik. In der Sozialpolitik setzte Ludwig Erhard darauf, über mehr Wachstum zu mehr Wohlstand für den Einzelnen zu gelangen. Der Fokus lag für Erhard auf der Vergrößerung des Kuchens, nicht auf Verteilungskämpfen. Dazu Erhard:

„Die Lösung liegt nicht in der Division, sondern in der Multiplikation des Sozialprodukts. Diejenigen, die ihre Aufmerksamkeit den Verteilungsproblemen widmen, werden immer wieder zu dem Fehler verleitet, mehr verteilen zu wollen, als die Volkswirtschaft nach Maßgabe der Produktivität herzugeben in der Lage ist.“

Erhard trat zwar für soziale Sicherung ein, war aber gegen den Versorgungsstaat. Individuelle Verantwortung und Eigeninitiative müssten erhalten bleiben.

Die SPD hat sich im Februar 2019 zu einem neuen Sozialstaatskonzept bekannt, das eine Abkehr von Hartz IV durch Einführung eines neuen Bürgergelds beinhaltet. Auch soll eine Grundrente für Geringverdiener eingeführt werden. Aus den Reihen der CDU kam sofort die Kritik, die SPD wolle „die Soziale Marktwirtschaft beerdigen“. Hier eine gerechte und ausgewogene Balance zu finden, bleibt auch künftig eine der großen Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft.

Erhard lehnte als Gegenpol zur Planwirtschaft auch den unbeschränkt freien Markt, den Laissez-faire-Kapitalismus ab. Jüngere Ereignisse, wie das Platzen der New-Economy-Blase im März 2000 oder die weltweite Finanzkrise 2008/2009 haben gezeigt, dass übertriebene Gier und Spekulation und Laissez-faire-Kapitalismus zu einer Gefährdung der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft führen können. Das Platzen der New-Economy-Blase wurde durch hysterische Aktienspekulationen ausgelöst, die Finanzkrise insbesondere durch den Ausfall „fauler“ Immobilienkredite in den USA.

Diese Beispiele zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft keineswegs in Stein gemeißelt ist. Vielmehr müssen in unserer globalisierten, sich ständig ändernden Welt ihre Prinzipien immer wieder auf neue Herausforderungen überprüft und gegebenenfalls bei Bedarf angepasst werden.

Eine zentrale Herausforderung unserer Zeit ist der zunehmende Populismus auch in der Wirtschaftspolitik. Dazu Clemens Fuest, Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Präsident des ifo Instituts, in einem Beitrag vom Mai 2019:

„Wichtige Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen derzeit unter Beschuss: Der freie Welthandel, der Wettbewerb und die Marktwirtschaft, der Schutz des Privateigentums, die europäische Integration und der Pluralismus. Diejenigen, die dabei in der ersten Reihe stehen, heißen Donald Trump, Lega und 5 Sterne, Marine Le Pen; es sind einflussreiche Politiker in Polen und Ungarn darunter, aber auch deutsche Politiker.“

Nach Fuest kann man die populistische Wirtschaftspolitik an sieben Eigenschaften erkennen:

1. Sie behauptet, für Gruppen zu handeln, die ihren Status und Wohlstand bedroht sehen; Gruppen, die sich vom politischen Establishment verlassen fühlen.
2. Ihre Agenda setzt auf kurzfristige Wohltaten, ohne die langfristigen Kosten zu berücksichtigen. Die Ausweitung der Staatsverschuldung wird zum Beispiel immer unterstützt, unabhängig von den Folgen.
3. Sie entzieht sich der Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Politikoptionen. Zielkonflikte werden ignoriert, Checks und Balances werden abgelehnt, ebenso Beschränkungen nationaler Souveränität durch Freihandelsabkommen oder die EU.
4. Sie konzentriert sich auf einzelne und emotionalisierte Themen wie Zuwanderung, Importkonkurrenz oder Gegensätze zwischen Arm und Reich.
5. Ausländer, Immigranten und der internationale Handel werden für ökonomische Probleme verantwortlich gemacht.
6. Populisten bieten einfache Lösungen für komplexe Probleme. Abschottung durch Protektionismus ist ein Beispiel.
7. Diese Lösungen sind Scheinlösungen; sie verschlimmern die Lage, statt sie zu verbessern.

Fuest sieht die Antwort auf den Populismus nicht im Wohlfahrtsstaat, sondern in einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Fuest: „Aus meiner Sicht muss freiheitliche Wirtschaftspolitik vier Elemente haben:

1. Das Fundament: Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung. Ohne dieses Fundament gibt es keinen Wohlstand.
2. Effektive Regulierung: Dazu gehören eine Wettbewerbspolitik, die Kartelle untersagt, eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, und effektiver Umwelt- und Klimaschutz.
3. Offenheit und Diversität: Ein Europa der Chancen ist nach außen offen und dynamisch und im Inneren vielfältig. Es vertritt seine Interessen in der Welt dort wirksam, wo die Mitgliedstaaten das allein nicht können: in der Handelspolitik, der Migrationspolitik, der Verteidigungspolitik. Europa muss auch nach innen gezielt gemeinsam handeln: bei der Reform der Eurozone, beim Ausbau europäischer Infrastruktur und bei der inneren Sicherheit.
4. Starker Sozialstaat: Er sollte befähigen statt zu entmündigen, denn Menschen können nur dann die Chancen einer freien Gesellschaft nutzen, wenn ihre materiellen Grundbedürfnisse und der Zugang zu Gesundheitsversorgung gesichert sind; wenn sie soziale Kontakte

haben; wenn Bildung, Teilhabe und Aufstiegschancen gewährleistet sind. Ein soziales Netz sollte die auffangen, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können.

Freiheitliche Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist kein „laissez faire“, sondern das, was wir in Deutschland als „Soziale Marktwirtschaft“ kennen. Die Ausgestaltung dieser Sozialen Marktwirtschaft ist kompliziert. Das richtige Verhältnis zwischen Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, sozialer Sicherung und Regulierung andererseits muss ständig neu ausverhandelt werden.“

Die Notwendigkeit, die Soziale Marktwirtschaft ständig neu auszugestalten, betont auch Hubert Aiwanger, der 14. Nachfolger von Ludwig Erhard im Amt des Bayerischen Wirtschaftsministers:

„Die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen jeden Tag neu erarbeitet werden. Die Menschen fragen sich heute, welche Auswirkungen Globalisierung und Klimawandel, Digitalisierung und demographische Entwicklung für sie persönlich und unser gesellschaftliches Miteinander mit sich bringen. Sie wollen wissen, ob unser Wirtschaftssystem heute noch die richtigen Antworten liefern kann, wenn andere Volkswirtschaften staatlich-autoritär gelenkt werden, freiwillig die Isolation suchen oder immer mehr auf Protektionismus setzen. Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen. Die Menschen erwarten zu Recht Antworten der Politik.“

Aiwanger abschließend: „Meine Antwort ist klar: Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Ihre Ideen und Leitsätze sorgen auch in unseren turbulenten Zeiten für die richtige Orientierung. Faire Handelsbeziehungen, eine offene Gesellschaft und ein starkes, vereintes Europa, das die Vielfalt seiner Regionen achtet und schätzt, sind für mich ohne Alternative. Unser Wirtschaftssystem verfügt über eine enorme integrative Kraft. Die Soziale Marktwirtschaft spaltet nicht, sondern verbindet. Sie lässt niemanden zurück, sondern holt alle ins selbe Boot – Unternehmer und Arbeiter, Angestellte und Verbraucher, Menschen in den Städten und auf dem Land. Sie setzt nicht auf Konfrontation, sondern auf Dialog und ermöglicht so den gesellschaftlichen Kompromiss. Das ist aus meiner Sicht ein großes Plus gegenüber allen anderen Wirtschaftsmodellen.“



Ludwig Erhard: Porträt, 1968

Dank

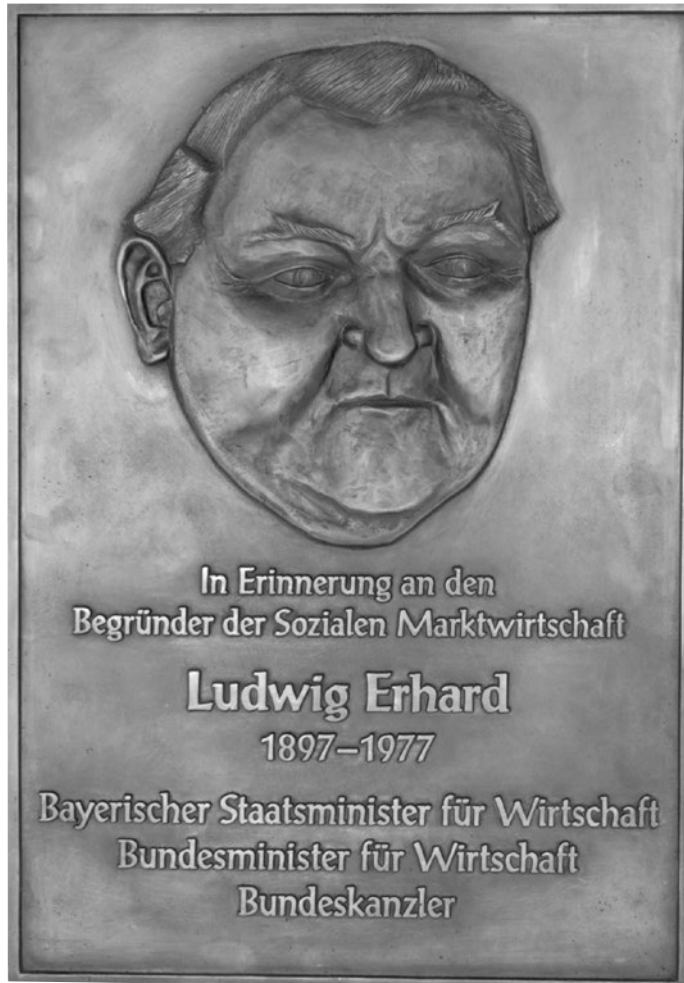
Der Verfasser dankt Herrn Dr. Daniel Koerfer, Professor für Zeitgeschichte und Neuere Geschichte an der FU Berlin, dem wohl renommiertesten Erhard-Experten, Verfasser des grundlegenden Werkes „Kampf ums Kanzleramt – Erhard und Adenauer“, für zahlreiche wertvolle Hinweise und Anregungen, die in den vorliegenden Text eingeflossen sind. Mein Dank für ihre Unterstützung gilt ebenfalls Frau Evi Kurz, Vorsitzende des Vorstands der Stiftung Ludwig-Erhard-Haus und Vorsitzende des Ludwig-Erhard-Initiativkreises, sowie Frau Ministerialdirektorin a.D, Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, Mitglied des Stiftungskuratoriums Ludwig-Erhard-Haus. Auch von Andreas Schirmer, Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn, kamen hilfreiche Informationen.

Sehr erfreulich war die ausgezeichnete und enge Zusammenarbeit mit den Vertretern des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Herrn Ministerialdirigenten Dr. Klaus-Peter Potthast, Frau Ltd. Ministerialrätin Dr. Regina Otto, Herrn Christian Flory, Frau Kerstin Förg und Frau Alexandra Clasen.

Nicht zuletzt danke ich meiner Frau Irene, die mir als Studiendirektorin für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde stets eine wichtige Hilfe und Unterstützung war.

Dr. Thies Claussen

Ludwig Erhard Gedenktafel
im Bayerischen Wirtschaftsministerium



Ehrendes Andenken an Ludwig Erhard

Dr. Klaus-Peter Potthast, Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, Koordination, Industrie im Bayerischen Wirtschaftsministerium informiert nachfolgend über zwei weitere wichtige Bezugspunkte, die das Andenken an Ludwig Erhard in Bayern am Leben erhalten.

Ludwig-Erhard-Festsaal im Bayerischen Wirtschaftsministerium

Der bedeutendste Raum des 1938 fertig gestellten Baus des ehemaligen Luftgaukommandos und heutigen Wirtschaftsministeriums ist der Festsaal. Im Gegensatz zur eher aufwändigen Fassade im historischen Stil des Münchner Architekten German Bestelmeyer sind die Innenräume einfacher und am jeweiligen Zweck orientiert. Der 1983 renovierte Festsaal macht eine Ausnahme: Er reicht über zwei Stockwerke, hat einen eingelegten Steinfußboden, Portale in Rotmarmor mit Sprenggiebeln, hohe Fensternischen und eine markante Balkendecke.

Nicht der erste, aber der in Deutschland bekannteste Bayerische Wirtschaftsminister nach dem Krieg war Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders der jungen Bundesrepublik. Der Fürther Nationalökonom war allerdings nicht der erste Wirtschaftsminister nach dem Zusammenbruch. Die amerikanische Besatzungsmacht hatte ihn zum 3. Oktober 1945 eingesetzt. Und obwohl er schon am 16. Dezember 1946 sein Amt verlor, ist Ludwig Erhard bis heute prägend für die bayerische Wirtschaftspolitik.

Vom Autor unserer Biographie – damals zuständiger Abteilungsleiter für Außenwirtschaft und Standortmarketing – kam der Vorschlag, den Festsaal Ludwig Erhard zu widmen. Seit 5. Mai 2007 trägt der Saal den Namen des ehemaligen Bundeskanzlers.

Anlässlich des 30. Todestages wurde im Beisein des damaligen Staatsministers Erwin Huber und des Bundesfinanzministers a.D. Dr. Theo Waigel die Gedenktafel enthüllt.

Der Name des Saals ist auch Bekenntnis zu einer sozialen Marktwirtschaft, zunächst als Gegenentwurf zur Planwirtschaft, aber auch als Absage an die „freie Wirtschaft“ im Sinne liberalistischer Prägung. Zentral ist die Sicherung des Leistungswettbewerbs durch eine unabhängige Monopolkontrolle. Die „Soziale Marktwirtschaft“ verzichtet auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz, bejaht aber die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit organischen Mitteln. Grundlage einer elastischen Anpassung ist die wissenschaftliche Marktbeobachtung. Die Wirtschaftspolitik kombiniert Geld- und Kreditpolitik ebenso wie Abgaben- und Sozialrecht für die Wohlfahrt und die Bedarfsdeckung des gesamten Volkes.



Ludwig-Erhard-Festsaal
im Bayerischen Wirtschaftsministerium

LUDWIG ERHARD ZENTRUM



Eingangsbereich des Ludwig Erhard Zentrums
in Fürth

Ludwig Erhard Zentrum in Fürth

Bedeutende Kinder haben es nicht immer leicht mit ihrer Heimat. Das musste Ludwig Erhard zweimal erfahren, als 1967, anlässlich seines 70., und 1977, anlässlich des 80. Geburtstages, die SPD-Stadträte die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ablehnten. Wirkten hier die ideologischen Kämpfe aus der Nachkriegszeit noch nach, hatte man ihm den Wegzug verübelt, den Arbeitsschwerpunkt in Bonn und den Lebensmittelpunkt in Gmund am Tegernsee? Für den treuen Fürther war das eine fast so bittere Erfahrung wie 1929, als er den Konkursantrag für das elterliche Geschäft stellen musste.

Der Ludwig-Erhard-Initiativkreis Fürth e.V. startete 2002 erfolgreich den zweiten Anlauf zur Ehrung des großen Sohnes der Stadt. Die Initiatorin und Vorsitzende, Frau Evi Kurz, hatte tatkräftige Unterstützer, wie Dr. Günther Beckstein, Dr. Markus Söder, Joachim Herrmann, Christian Schmidt und andere prominente Mittelfranken. Motivation war sicher auch, die besondere Rolle Fürths neben Nürnberg und die Bedeutung der Region für Bayern herauszuarbeiten. Der Initiativkreis ist heute Förderverein und Freundeskreis des Zentrums. Nach einem Architektenwettbewerb 2013 entstand in der Fürther Altstadt hinter dem Rathaus der neue Museumsbau. Das gegenüberliegende Geburtshaus Ludwig Erhards wurde nach seiner Sanierung Bestandteil der neuen Einrichtung. Der Spatenstich für den Neubau des Museums erfolgte 2015; die Arbeiten wurden schon nach 21 Monaten abgeschlossen.

EXPORT-EXHIBITION

BAVARIAN ECONOMIC EXHIBITION



Original Schreibtisch Ludwig Erhards aus seiner Amtszeit als Bayerischer Wirtschaftsminister als Exponat in der Museumsausstellung

In der Formsprache funktional-modern ist dieses Museum ein ausgezeichnetes nationales Projekt des Städtebaus. Vorausgegangen waren intensive Gespräche, unter anderem mit den Verantwortlichen des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Bei der Feier des 115. Geburtstages von Ludwig Erhard gab dann Bayerns Ministerpräsident Seehofer die – entscheidende – finanzielle Unterstützung bekannt. Hausherr ist die am 16. Juli 2013 gegründete Stiftung Ludwig-Erhard-Haus, geleitet von einem fünfköpfigen Vorstand, begleitet von einem Kuratorium und einem wissenschaftlichen Beirat.

Das 2017 eröffnete Dokumentations-, Forschungs- und Begegnungszentrum bietet Einblicke in große und kleine Ereignisse dieser Zeit. Im Geburtshaus erfährt man Details zur Herkunft Erhards als viertes Kind aus einer konfessionell gemischten Kaufmannsfamilie. Der Aufschwung Fürths zu einer Industrie- und Handelsstadt wird dokumentiert, ebenso der Niedergang durch den verlorenen Ersten Weltkrieg. Wir folgen Ludwig Erhard auf seinem Weg in die Nachkriegswelt der Weimarer Republik. Seine wirtschaftswissenschaftlichen Wurzeln werden aufgedeckt und seine Rolle während des Dritten Reichs beschrieben. Der Schwerpunkt liegt aber im Wirken Erhards nach 1945 zunächst in Bayern, dann im Bund, mit zahlreichen Originalobjekten, Bildern und Texten. So hält das Zentrum nicht nur die Erinnerung an den fränkischen Ökonomen wach. Es zeichnet überdies das Bild einer Epoche.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium unterstützt das Ludwig Erhard Zentrum (LEZ) in vielfacher Weise, ehrt das Andenken eines weitsichtig wie pragmatisch agierenden Politikers und setzt damit ein Signal für ein nach wie vor aktuelles Wirtschaftskonzept. Aber es braucht Überzeugte wie Ludwig Erhard, um freie Märkte zu schützen, Monopole wirksam zu bekämpfen und unsoziale Tendenzen abzuwehren. Er hat letztlich Forderungen der christlichen Sozialethik in praktische Politik übersetzt, ohne den ökonomischen Verstand auszuschalten. Seine Pionierarbeit in der Marktforschung hat so relevante Politberater wie das IFO-Institut hervorgebracht. Und sein Wort vom „Maßhalten“ gewinnt ebenfalls neue Aktualität. Erhards Gedanken sind nach wie vor aktuelle, das zeigt der „digitale Zukunftsraum“ des Hauses. Das Ludwig Erhard Zentrum soll ein offener Ort des Dialogs über aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik werden – mit Wirkung weit über Fürth und Bayern hinaus. Schon wird an einer Ergänzung im wissenschaftlichen Bereich gearbeitet.

IN DER DIGITALISIERUNG
STECKEN VIELE CHANCEN.

GUIDO B., MANAGER, 51

WIR BRAUCHEN
MEHR DATENSCHUTZ!

DANICOT, STUBEN, 28



Zukunftsraum im Ludwig Erhard Zentrum mit
interaktiven Elementen zu Themen der Zeit

IN DER DIGITALISIERUNG
STECKEN VIELE CHANCEN!

Zeittafel

„Das Wesen dieser (Sozialen) Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, dass der Wirtschaftsprozess, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbstständig gesteuert wird.“

Erhard, Wohlstand für alle, S. 462

1897	Am 4. Februar wird Ludwig Erhard in Fürth geboren.
1903 – 1913	Besuch der Volksschule und der „Königlich Bayerischen Realschule“ in Fürth.
1913 – 1916	Kaufmannslehre in Nürnberg.
1916 – 1918	Teilnahme am Ersten Weltkrieg (1919 Entlassung aus dem Lazarett).
1919 – 1922	Studium an der Handelshochschule Nürnberg.
1922 – 1925	Studium an der Universität Frankfurt am Main (Dezember 1925 : Promotion bei Prof. Franz Oppenheimer).
1923	Heirat am 11. Dezember mit Luise Schuster, geb. Lotter.
1925 – 1928	Geschäftsführer im elterlichen Betrieb.
1928 – 1942	Wissenschaftlicher Assistent und später Stellvertretender Leiter des „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ in Nürnberg.
1942	Gründung des eigenen „Institut für Industrieforschung“; Finanzierung durch die Reichsgruppe Industrie.
1944	März : Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“.
1945	Die Amerikaner besetzen am 18./19. April Fürth; Erhard bietet den Amerikanern seine Arbeit an. 3. Oktober : Erhard wird Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft im Kabinett Hoegner.

1946	16. Dezember: Rücktritt der Regierung Hoegner.
1947	Oktober: Erhard wird Vorsitzender der „Sonderstelle für Geld und Kredit“ in Bad Homburg vor der Höhe.
	November: Erhard wird zum Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München ernannt.
1948	März: Erhard wird Direktor der „Verwaltung für Wirtschaft“ der Bizone.
	21. April: Programmrede Erhards vor dem Wirtschaftsrat.
	18. Juni: Der Wirtschaftsrat verabschiedet das „Leitsatzgesetz“.
	20. Juni: Währungsreform; Erhard leitet ohne Genehmigung der Amerikaner und Briten die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Freigabe der Preise ein.
	21. Juni: „Schaufenstereffekt“: Die Schaufenster füllen sich mit gehorteten Waren.
1949	23. Mai: Das Grundgesetz für die vereinigten drei Westzonen tritt in Kraft.
	Juli: Mit den „Düsseldorfer Leitsätzen“ legt sich die CDU/CSU auf die Soziale Marktwirtschaft fest.
	15. September: Der Bundestag wählt Konrad Adenauer mit einer Stimme Mehrheit zum ersten Bundeskanzler. Erhard wird Wirtschaftsminister.

1951	März: Erhard legt sein Konzept zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen des Korea-Krieges vor und verhindert eine Rückkehr zur Bewirtschaftung.
1952	Erhard beruft Prof. Alfred Müller-Armack ins Bundeswirtschaftsministerium.
1953	Oktober: Im 2. Kabinett Adenauer wird Erhard wieder Wirtschaftsminister.
1954	In der Bundesrepublik herrscht Ende 1954 Vollbeschäftigung. Das deutsche „Wirtschaftswunder“ hat Fahrt aufgenommen.
1957	Februar: Erhards Buch „Wohlstand für Alle“ erscheint. Oktober: Im 3. Kabinett Adenauer wird Erhard Vizekanzler und wieder Wirtschaftsminister.
1958	1. Januar: Das Kartellgesetz tritt nach jahrelangem Streit in einer für Erhard unbefriedigenden Form in Kraft.
1959	Februar: Adenauer schlägt Erhard für das Amt des Bundespräsidenten vor. Erhard lehnt im März eine Kandidatur endgültig ab.
1961	November: Im 4. Kabinett Adenauer wird Erhard wieder Vizekanzler und Wirtschaftsminister.
1963	April: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert Erhard zum Kanzlerkandidaten. 15. Oktober: Adenauer tritt zurück.

1963	16. Oktober: Der Bundestag wählt Erhard zum zweiten deutschen Bundeskanzler.
	18. Oktober: Regierungserklärung Erhards vor dem Bundestag. Erhard kündigt eine Politik der Mitte und der Verständigung an.
	November/Dezember: Erste Besuche Erhards bei Charles de Gaulle in Paris und Lyndon B. Johnson in Texas.
	Dezember: Das erste Passierscheinabkommen für Berlin wird unterzeichnet.
1964	Juli: De Gaulle fordert in Bonn von Erhard eine Option für Europa gegen die USA. Erhard lehnt dies ab.
1965	März: Erhard stellt auf dem 13. CDU-Parteitag in Düsseldorf sein Konzept einer „Formierten Gesellschaft“ vor.
	12. Mai: Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel.
	20. Oktober: Der Bundestag wählt Erhard zum Bundeskanzler.
1966	September: Erhard verhandelt in Washington erfolglos mit Präsident Johnson über einen Zahlungsaufschub bei den „Offset-Zahlungen“.
	10. November: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert Kiesinger zum Bundeskanzler-Kandidaten.
	1. Dezember: Erhard tritt als Bundeskanzler zurück. Kiesinger wird am gleichen Tag vom Bundestag zum neuen Bundeskanzler gewählt.

1967	April: Konrad Adenauer stirbt. Erhard erweist ihm die letzte Ehre.
	Oktober: Erhard gründet die Ludwig-Erhard-Stiftung.
1972	4. Februar: Erhards 75. Geburtstag wird mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit gefeiert.
	Dezember: Erhard eröffnet als Alterspräsident den 7. Deutschen Bundestag.
1975	Am 9. Juli stirbt Erhards Frau Luise.
1976	Dezember: Erhard eröffnet als Alterspräsident den 8. Deutschen Bundestag.
1977	4. Februar: 80. Geburtstag Erhards mit zahlreichen Ehrungen.
	5. Mai: Erhard erliegt in Bonn einem Herzversagen.
	12. Mai: Ludwig Erhard wird im Rahmen eines Staatsbegräbnisses auf dem Bergfriedhof in Gmund am Tegernsee neben seiner Frau Luise beigesetzt.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft weiter denken. Bausteine für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Gütersloh 2018.

Blum, Reinhard: Soziale Marktwirtschaft, Tübingen 1969.

Caro, Michael, K.: Der Volkskanzler. Ludwig Erhard, Köln/Berlin 1965.

Claussen, Thies: Ludwig Erhard: Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft und bayerischer Wirtschaftsminister 1945/1946, in: Festschrift „100 Jahre Bayerisches Wirtschaftsministerium“, München 2019, S. 101 ff.

Claussen, Thies: Unsere Zukunft. Wie leben wir 2050?, Hamburg 2017.

Claussen, Thies: Zukunft beginnt heute. Gedanken zur Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Technik, Hamburg 2018.

Clay, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950.

Der Bundespräsident: Eröffnung des Ludwig Erhard Zentrums, Fürth, 18. Mai 2018.

Die Bundesregierung: Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, bei der Aussprache zur Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 22. März 2018 in Berlin, Bulletin 33-2.

Dönhoff, Marion Gräfin: Deutschland deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik 1949–1999, München 1999.

Erhard, Ludwig: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/Wien/Frankfurt am Main 1962.

Erhard, Ludwig: Erbe und Auftrag. Aussagen und Zeugnisse; Hrsg.: Karl Hohmann, Düsseldorf/Wien 1977.

Erhard, Ludwig: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften; Hrsg.: Karl Hohmann, Düsseldorf/Wien/New York 1988.

Erhard, Ludwig: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/1944, Frankfurt am Main 1977.

Erhard, Ludwig: Wirken und Reden, Ludwigsburg 1966.

Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, bearbeitet von Wolfram Langer, 8. Aufl., Düsseldorf 1964 (1. Aufl. 1957).

Ernst Freiburger-Stiftung (Hrsg.): Ludwig Erhard. Mit Beiträgen von Peter Gillies, Daniel Koerfer, Udo Wengst; Berlin 2010.

Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8. Aufl., Berlin/Heidelberg 1965.

Fratzscher, Marcel: Versprechen wird gebrochen, in: Riedel, Donata: Vier Ideen zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Handelsblatt vom 14.6.2018.

Fuest, Clemens: Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert – Was seriöse Politik dem Populismus entgegensetzen muss, in: ifo Standpunkt Nr. 204, 21. Mai 2019.

Hagelüken, Alexander: Zwischen den Giganten. Muss der Staat der Industrie helfen?, in: Süddeutsche Zeitung, 2./3. März 2019.

Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996.

Hohmann, Karl: Ludwig Erhard (1897-1977). Eine Biographie, herausgegeben von der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V., Bonn/Düsseldorf 1997.

Kempski, Hans Ulrich: Um die Macht. Sternstunden und sonstige Abenteuer mit den Bonner Bundeskanzlern, Frankfurt am Main 2000.

Knoche, Meinhard: Ludwig Erhard, Adolf Weber und die schwierige Geburt des ifo Instituts, in: ifo Schnelldienst 13/2018, München 2018.

Knoche, Meinhard: Ludwig Erhard and the ifo Institute: In the Service of German Reconstruction, in: CES ifo Forum, 2/2019, June, Volume 20.

Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt – Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987.

Koerfer, Daniel: Ludwig Erhard (1877–1977), in: Sarkowicz, Hans (Hrsg.): Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Portraits, München 1999, S. 83 ff.

Laitenberger, Volkhard: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen/Zürich 1986.

Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke; Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard, Düsseldorf 1997.

Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Wohlstand für Alle. 70 Jahre Währungsreform, Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung, München 2018.

Ludwig Erhard Zentrum: Ludwig Erhard. Der Weg zu Freiheit, Sozialer Marktwirtschaft, Wohlstand für Alle, Bielefeld/Berlin 2018.

Lukomski, Jess, M.: Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker, Düsseldorf/Wien 1965.

Mierzejewski, Alfred, C.: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, Biografie, München 2005.

Mühle, Dieter: Ludwig Erhard. Eine Biographie, Berlin 1965.

Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Köln 1946.

Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration, Freiburg im Breisgau 1966.

Mundt, Andreas: Wenn Unternehmen den Wettbewerb behindern, müssen wir eingreifen, in: Wohlstand für Alle, 70. Jahre Währungsreform, Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung, München 2018, S. 43 ff.

Oppenheimer, Franz: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen, Düsseldorf 1964.

Rieger, Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Nürnberg 1928.

Röpke, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 6. Aufl., Bern/Stuttgart 1979.

Röpke, Wilhelm: Die Lehre von der Wirtschaft, Bern/Stuttgart/Wien (1937) 1994.

Schröder, Gerhard u.a. (Hrsg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfund-siebzigsten Geburtstag, Frankfurt am Main 1972.

Vershofen, Wilhelm: Erlebnis und Verklärung, Stuttgart 1949.

Vogel, Lars: Ludwig Erhard. Das Prinzip Freiheit. Maximen und Erkenntnisse, Köln 2009.

Weber, Jürgen: Deutsche Geschichte 1945–1990; Grundzüge, 3. Aufl., München 2004.

Zeil, Martin: Soziale Marktwirtschaft. Auslaufmodell oder Vision für die Zukunft?, in: Horstmann, Ulrich u.a. (Hrsg.): Ludwig Erhard Jetzt, München 2013, S. 114 ff.

Zschäpitz, Holger: Wie Ludwig Erhard heute unseren Wohlstand mehren würde, in: Die WELT vom 18.5.2018.



Dr. Thies Claussen wurde 1950 in Hannover geboren und wohnt in Krailling bei München. Er war vier Jahrzehnte für die bayerische Wirtschaft tätig. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und anschließender dortiger Promotion trat er 1979 in das Bayerische Wirtschaftsministerium ein. Er arbeitete dort in den Abteilungen Zentrale Aufgaben, Verkehr und Wirtschaftsförderung. Zuletzt leitete er als Ministerialdirigent die Abteilung Außenwirtschaft. Zwischenzeitlich sammelte er jeweils mehrjährige berufliche Erfahrungen als enger Mitarbeiter von Alois Glück im Bayerischen Landtag und im Management der Wacker Chemie AG und der Flughafen München GmbH. 2010 wechselte Claussen in den Vorstand der LfA Förderbank Bayern, die er 2016 als Stellvertretender Vorstandsvorsitzender verließ. 2017 und 2018 erschienen von Claussen im Hamburger Tredition Verlag die Bücher „Unsere Zukunft“ und „Zukunft beginnt heute. Gedanken zur Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Technik.“



HINWEIS

BAYERN|DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon 089 12 22 20 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben von parteipolitischen Informationen oder Werbemitteln. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts kann dessen ungeachtet nicht übernommen werden.

HERAUSGEBER

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie
Prinzregentenstraße 28 – 80538 München
Postanschrift 80525 München
Telefon 089 2162-0 – Telefax 089 2162-2760
info@stmwi.bayern.de – stmwi.bayern.de



BILDNACHWEIS

ullstein bild (8) – ullstein bild/BPA (12) – ullstein bild/BPA (14/15) – ullstein bild/HDG Bonn (20) – BR/Tanja Wenzel (29) – Anne KiDu Fotografie (37) – ullstein bild (40) – ullstein bild/Jewgeni Chaldej (45) – ullstein bild/Süddeutsche Zeitung Photo (48) – ullstein bild (56) – ullstein bild (60) – ullstein bild/Wieczorek (71) – ullstein bild/dpa (74) – ullstein bild (77) – ullstein bild/bpk/Hubmann (80) – ullstein bild/RDB (89) – ullstein bild (92) – ullstein bild/dpa (98) – ullstein bild (102) – ullstein bild/dpa (109) – ullstein bild/dpa (112) – ullstein bild/Interpress Paris (117) – ullstein bild/Sven Simon (124) – ullstein bild/AP (130/131) – ullstein bild/Sven Simon (139) – ullstein bild/Karoly Forgacs (147) – StMWi (149) – Axel Krämer (153) – Dr. Regina Otto (154/156/159) – Andreas Pohlmann (U3)

GESTALTUNG

Technisches Büro im StMWi

DRUCK

Appel & Klinger Druck und Medien – 96277 Schneckelohe
Gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder gleichwertigem Zertifikat)

BARRIEREFREIHEIT

Dieses Dokument erfüllt die Vorgaben gemäß BITV 2.0

STAND

März 2020



Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
www.stmwi.bayern.de